

# Schafft Demokratie Frieden?



**Zivilgesellschaftliche  
Perspektiven auf Demokratie  
und Partizipation im Sahel**

**Dokumentation einer Tagung von Fokus  
Sahel am 22./23. Juni 2022 in Berlin –  
inklusive Empfehlungen an Politik und  
Zivilgesellschaft**

**HERAUSGEGEBEN VON**

Fokus Sahel

**SPRACHEN**

Die Broschüre liegt auf deutsch und  
französisch vor

**1. AUFLAGE, APRIL 2023**

1.000 Stück (deutsch),  
300 Stück (französisch)

**FOTOS**

Djif Djimeli, Kerem Schamberger,  
David Brown, Dorette Führer

**V.I.S.D.P.**

Grit Lenz  
Kordinatorin Fokus Sahel  
Am Sudhaus 2, 12053 Berlin

**TAGUNGSORGANISATION**

Fokus Sahel

**DRUCK**

Printzipia  
(klimaneutral drucken)

**AUTOR DER DOKUMENTATION**

Olaf Bernau ist Soziologe und vertritt  
das transnationale Netzwerk Afrique-  
Europe-Interact im Steuerkreis von Fokus  
Sahel. Er hält sich regelmäßig im Sahel auf,  
insbesondere in Mali. 2022 ist im  
C.H.Beck-Verlag sein Buch "Brennpunkt  
Westafrika. Die Fluchtursachen und was  
Europa tun sollte" erschienen. Weitere  
Infos: [www.olafbernau.de](http://www.olafbernau.de)

**TITELFOTO**

Landkonflikte in Tikerre Moussa in  
Mali: Dorfversammlung und  
Pressekonferenz, 2016.  
Foto: Dorette Führer



Fokus Sahel ist ein zivilgesellschaftliches Netzwerk, dessen mitwirkende Organisationen sich im Sahel durch eigene Projekte oder Unterstützung von Partnerorganisationen engagieren. Der interne Austausch, die Vernetzung mit anderen Akteuren und gemeinsame Lobby- und Advocacy-Initiativen zu friedens- und entwicklungspolitischen Themen stehen im Mittelpunkt der Arbeit. Fokus Sahel setzt sich derzeit aus folgenden Mitgliedern zusammen: ADRA, Afrique-Europe-Interact, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Amnesty International, Arnold-Bergstraesser-Institut, Brot für die Welt, CARE Deutschland-Luxemburg, Caritas international, Franziskaner Helfen, Kindermissionswerk Die Sternsinger, Eirene Internationaler Christlicher Friedensdienst, medico international, Missio München, Misereor, Oxfam Deutschland, Partnerschaftsverein Chemnitz-Timbuktu, Peace Resources, terres des hommes, urgewald, DVV International, Welthungerhilfe. Weitere Informationen finden sich auf der Webseite von Fokus Sahel: [WWW.FOKUSSAHEL.DE](http://WWW.FOKUSSAHEL.DE) ●

**FINANZIELLE FÖRDERUNG DER TAGUNG**

Die Tagung wurde zum einen von externen Kooperationspartnern gefördert – namentlich von der Robert-Bosch-Stiftung, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zum anderen wurden eigene Mittel von Fokus Sahel-Mitgliedern verwendet - namentlich von Afrique-Europe-Interact, Brot für die Welt, Misereor, Help e.V., medico international, Oxfam, terre des hommes, Eirene, Kindermissionswerk "Die Sternsinger", Franziskaner Helfen, Caritas, Welthungerhilfe und missio München. **FOKUS SAHEL MÖCHTE SICH HIERFÜR GANZ HERZLICH BEDANKEN!**

<b>3</b>	<b>0</b>	Inhaltsverzeichnis
<b>4</b>	<b>1</b>	Von Frankfurt 2019 nach Berlin 2022: Wie es zu der Tagung gekommen ist
<b>7</b>	<b>2</b>	Erste Annäherungen: Die vier Eröffnungsvorträge am ersten Nachmittag
<b>7</b>	<b>2.1</b>	Moussa Tchangari (Niger): Demokratie in Verruf
<b>8</b>	<b>2.2</b>	Delphine Djiraibe (Tschad): Exklusive Demokratie
<b>9</b>	<b>2.3</b>	Ousmane Sy (Mali): Demokratie und Dezentralisierung
<b>10</b>	<b>2.4</b>	Ouiry Sanou (Burkina Faso): Demokratie und Souveränität
<b>12</b>	<b>3</b>	Ludovic Lado: Schafft Demokratie Frieden? Keynote – Eröffnung Tag 2
<b>13</b>	<b>4.1</b>	Workshop I: Demokratie und Legitimität
<b>15</b>	<b>4.2</b>	Workshop II: Jugend und Partizipation
<b>18</b>	<b>4.3</b>	Workshop III: Dezentralisierung, Partizipation und Demokratie im ländlichen Raum
<b>20</b>	<b>4.4</b>	Workshop IV: Zivilgesellschaft (insbesondere Medien) im Kontext von shrinking spaces und Menschenrechtsverletzungen
<b>22</b>	<b>5</b>	Öffentliche Abendveranstaltung: „Deutschland (weiterhin) in den Fußstapfen von Frankreich? – Über die Notwendigkeit einer eigenständigen Sahel-Politik“
<b>27</b>	<b>6</b>	Empfehlungen der Tagung
<b>27</b>	<b>6.1</b>	Demokratie und Legitimität
<b>28</b>	<b>6.2</b>	Jugend und Partizipation
<b>29</b>	<b>6.3</b>	Dezentralisierung, Partizipation und Demokratie im ländlichen Raum
<b>29</b>	<b>6.4</b>	Menschenrechtsverletzungen und die Bedrohung medialer und zivilgesellschaftlicher Freiräume
<b>30</b>	<b>6.5</b>	Zur Rolle Deutschlands im Sahel
<b>30</b>	<b>6.6</b>	Offene Fragen- und Problemstellungen
<b>32</b>	<b>7</b>	Feedback zur Tagung und "Wie weiter?"
<b>33</b>	<b>8</b>	Referent:innen und Moderator:innen der Tagung



## 01

## Von Frankfurt 2019 nach Berlin 2022: Wie es zu der Tagung gekommen ist

Am 22./23. Juni 2022 hat das zivilgesellschaftliche Netzwerk Fokus Sahel unter dem Titel "Schafft Demokratie Frieden? Zivilgesellschaftliche Perspektiven auf Demokratie und Partizipation" zu einer Tagung nach Berlin eingeladen. Die Veranstaltung war die Fortsetzung einer Tagung, die am 28./29. März 2019 in Frankfurt/Main über die Bühne gegangen war. Der damalige Titel lautete "Wege aus der Gewalt? Gesellschaftliches Engagement im Kontext politischer Destabilisierung und gewaltsamer Konflikte im Sahel" – Veranstalter war ebenfalls Fokus Sahel, zusammen mit der Evangelischen Akademie Frankfurt. Wie bereits 2019 stammte auch 2022 das Gros der Referent:innen – nämlich 21 von 24 – aus den Sahelländern Burkina Faso, Mali, Niger, Tschad und Mauretanien. Und ähnlich wie in Frankfurt begann auch die Berliner Tagung mit einer Gedenkminute für die Opfer der gewalttätigen Konflikte im Sahel. Gedacht wurde jener mindestens 213 Menschen, die kurz zuvor bei zwei Attentaten getötet worden waren: am 11./12. Juni 2022 in der Kleinstadt Seytenga im Norden Burkina Fasos<sup>1</sup>, eine Woche später in den drei Dörfern Diallassagou, Dianweli und Deguessagou in der Region Mopti im Zentrum Malis<sup>2</sup>.

Gleichzeitig gab es auch erhebliche Unterschiede zwischen den beiden Veranstaltungen: In Frankfurt fungierte als thematischer Ausgangspunkt die seit 2016 immer stärker eskalierte Gewaltdynamik im Sahel. Entsprechend vielfältig war die Themenpalette

– sie reichte von den gesamtgesellschaftlichen Dynamiken im Sahel über die Wirkung internationaler Militärmissionen bis hin zur konfliktpräventiven bzw. -reduzierenden Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure<sup>3</sup>. Demgegenüber lag der Berliner Tagung die ungleich fokussiertere These zugrunde, wonach der systematische Ausschluss großer Teile der Bevölkerung aus demokratischen Entscheidungsprozessen eine Art Schlüsselmoment für das Verständnis der Krise im Sahel darstelle – auch hinsichtlich Lösungsansätzen, inklusive Frieden als übergeordneter Zielsetzung. Diese Herangehensweise verdankte sich einerseits dem Umstand, dass bereits in Frankfurt die Dysfunktionalität staatlicher Institutionen als eine der zentralen Krisenursachen in den Mittelpunkt gerückt war, wobei in den damaligen Beiträgen interessanterweise weniger von demokratischen Defiziten als von Regierungs- und Behördenversagen die Rede war, also von fehlender Infrastruktur, mangelhaften Basisdienstleistungen, bestechlicher Justiz, korruptem und klientelistischem Regierungshandeln, etc. Andererseits ist es zwischen August 2020 und Januar 2022 in Mali und Burkina Faso zu mehreren Militärputschen gekommen, jeweils mit breiter Zustimmung der Bevölkerung. Beides zusammen war der Grund, weshalb Fokus Sahel beschlossen hat, eine Tagung zur Verfasstheit der Demokratie in den Ländern des Zentralen Sahel auszurichten. Und hierzu gehörten auch Leitfragen in der schriftlichen Einladung, die einige der Debatten seit der Frankfurter Tagung zusammenfassten: "Wie können die Staaten des Sahel den Bedürfnissen nach sozialer Gerechtigkeit, Meinungsfreiheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt besser gerecht werden? Wie kann Demokratie auf lokaler Ebene funktionieren - auch und gerade für Menschen in peripheren, ländlichen Regionen, insbesondere für Frauen und junge Menschen? Welche Formen partizipativer Entscheidungsfindung auf lokaler Ebene gibt es, welche Rolle kommt religiösen und traditionellen Autoritäten in Entscheidungsprozessen zu? Welche Positionen nehmen zivilgesellschaftlichen Akteure im Sahel diesbezüglich ein?"

Insgesamt sollte sich die thematische Zuspitzung auf den Themenkomplex "Demokratie und Frieden" als äußerst gewinnbringend erweisen. Die Referent:in-

1 Vgl. <https://taz.de/Ueberfall-in-Burkina-Faso/!5857995/>

2 Vgl. <https://taz.de/Viele-Tote-bei-Terrorangriffen-in-Mali/!5859754/>

3 Vgl. die auf deutsch und französisch verfügbare Tagungsdocumentation von 2019: <https://www.fokussahel.de/veroeffentlichungen>

nen bekräftigten unisono, dass es nur eine Minderheit im Sahel sei, die die Demokratie als Staatsform ernsthaft in Frage stelle. Kritisiert wurde indes ihr *fassadendemokratischer* Charakter, wie eine im Sahel beliebte Redewendung lautet, also der Umstand, dass zwar regelmäßig Wahlen abgehalten würden, ohne jedoch spürbare ökonomische, soziale und infrastrukturelle Verbesserungen für die Bevölkerung zu erzielen. Entsprechend schälte sich als generelle Empfehlung der Tagung eine Rundumerneuerung der staatlichen Institutionen heraus – unter besonderer Berücksichtigung demokratischer Teilhabemöglichkeiten. Ein solches Projekt erfordere nicht nur, so der Tenor der verschiedenen Vorträge und Workshops, die Vollendung der in den 1990er Jahren begonnenen, aber nur teilweise verwirklichten Dezentralisierung, deren ursprüngliches Ziel es gewesen ist, politische, ökonomische und finanzielle Entscheidungskompetenzen von den Hauptstädten auf neu geschaffene kommunale Institutionen zu übertragen<sup>4</sup>. Vielmehr müssten auch Frauen und junge Menschen umfassende Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten erhalten, genauso wie es unverzichtbar sei, religiöse und traditionelle Entscheidungsträger:innen systematisch in die Neuordnung des institutionellen staatlichen Gefüges einzubinden. Darüber hinaus sei sicher zu stellen, dass zivilgesellschaftliche Akteure, Journalist:innen und Wissenschaftler:innen ihre Arbeit frei und ohne Angst vor Repression ausüben könnten.

Ein zweiter Unterschied zwischen der Frankfurter und Berliner Tagung hat mit den bereits angeklungenen Veränderungen bei den gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu tun. Denn die erzwungene Ablösung der in der Bevölkerung nahezu restlos diskreditierten politischen Klasse in Mali und Burkina Faso hat zu einem buchstäblichen Kollaps der ohnehin angespannten Beziehungen zur ehemaligen Kolonialmacht Frankreich geführt, insbesondere in Mali. Folge war, dass Frankreich das bereits im Juni 2021 (unilateral) angekündigte Ende der Antiterroroperation Barkhane schneller umsetzen musste als geplant – einschließlich des vollständigen Abzugs seiner Truppen aus Mali bis August 2022. Zeitgleich ist der Einfluss Russlands stetig gestiegen, vor allem durch weitreichende militärische Unterstützungs-

leistungen<sup>5</sup>. Im Sahel stoßen diese Entwicklungen auf breite Zustimmung, auch bei vielen der zur Fokus Sahel-Tagung angereisten Referent:innen. Umgekehrt sind etliche Vertreter:innen der europäischen Zivilgesellschaft skeptischer, vor allem was die Rolle Russlands betrifft. Umso bemerkenswerter war es, dass sich die Tagungsteilnehmer:innen in Berlin un-abgesprochenerweise darauf verständigt haben, die diesbezüglichen Differenzen in erster Linie zur Kenntnis zu nehmen, nicht aber offen auszufeuchten. Und zwar ungeachtet dessen, dass eine unterschiedliche Grundgestimmtheit allenthalben zu spüren war: Während die einen äußerst sorgenvoll die jüngsten Entwicklungen im Sahel kommentierten, etwa **HELMUT ASCHE**, der in der öffentlichen Abendveranstaltung vor einem drohenden politischen Zusammenbruch der dortigen Gesellschaften warnte, zeigten sich andere zuversichtlicher, etwa **OUSMANE SY**, ehemaliger Minister für *Dezentralisierung* in Mali und Doyen der Tagung. In seinem Eröffnungsvortrag vertrat er die These, dass Mali bereits in den 1990er Jahren einen grundlegenden demokratischen Wandel durchlaufen habe. Die Menschen wären sich heute ihrer zivilen, politischen und ökonomischen Rechte stärker bewusst als je zuvor; zudem seien sie bereit, ausdrücklicher dafür einzustehen – eine Dynamik, die sich leider auch in den bewaffneten Konflikten ausdrücke. Würde es also gelingen, umfassende demokratische Teilhabemöglichkeiten von unten aufzubauen – insbesondere was die Verwaltung der natürlichen, aber knappen Ressourcen wie Land und Wasser betreffe –, könne die derzeitige Krise zeitnah überwunden werden, so Sys optimistische Schlussfolgerung.

Ein dritter Unterschied betraf das Format: Frankfurt war eine klassische Präsenzveranstaltung, die jüngste Tagung erfolgte indes im hybriden Format mit Si-

4 Olaf Bernau: Fassadendemokratie und Fundamentalismus. Dschihadismus in Mali und das Versagen des Staates, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2022, S. 69-76

5 Zur Vermeidung von Missverständnissen sei in Erinnerung gerufen, dass die UN-Friedensmission MINUSMA, an der auch die Deutsche Bundeswehr beteiligt ist, kein Kampfmandat hat. Ihre ausschließlich auf Mali gemünzten Aufgaben richten sich einzig auf die Umsetzung des Friedensvertrages von Algier, die Wiederherstellung der staatlichen Integrität und den Schutz der Zivilbevölkerung. Demgegenüber werden die russische Soldat:innen primär bei Antiterroroperationen eingesetzt – in aller Regel zusammen mit der malischen Armee. Sie ersetzen insofern die französische Antiterrormission Barkhane, ohne allerdings mit MINUSMA näher zu kooperieren. Ein drittes Element in der Zusammenarbeit mit Mali war die EU-Ausbildungsmission EUTM, mit der die malischen Streitkräfte ausgebildet werden sollen. Diese Trainingsmission wurde jedoch ausgesetzt und soll ab 2023 in Niger unter dem Namen EUMPM Niger fortgesetzt werden.



Auftaktvorträge. Foto: Djif Djimeli

multanverdolmetschung, sodass auch mehrere Dutzend Menschen im Sahel digital teilnehmen konnten, darunter solche, die sich in N'Djamena (Tschad), Ouagadougou (Burkina Faso), Niamey (Niger) und Bamako (Mali) in Büros von Fokus Sahel-Partnern getroffen haben, samt Verpflegung und Getränken in den Pausen. Diesbezüglich ist nicht alles rund gelaufen, entsprechend gab es im Nachgang zahlreiche Verbesserungsvorschläge für zukünftige Veranstaltungen. Aber grundsätzlich wurde das hybride Format als wichtige Weiterentwicklung begrüßt, insbesondere seitens der Teilnehmer:innen im Sahel. Weniger erfreulich war allerdings, dass kaum Regierungsmitglieder und Abgeordnete – bzw. ihre Mitarbeiter:innen – an der Tagung teilgenommen haben, trotz des Umstandes, dass in der ersten Jahreshälfte 2022 im politischen Berlin ungewöhnlich intensiv über die Verlängerung des MINUSMA-Mandats diskutiert worden war. Und ähnliches galt leider auch für Wissenschaftler:innen, Journalist:innen und Vertreter:innen regierungsnaher Think Tanks oder Stiftungen. Insofern muss Fokus Sahel in Zukunft sicherlich noch mehr Anstrengungen in Punkto Öffentlichkeitsarbeit und Mobilisierung unternehmen. Gleichzeitig sei auf den Tweet eines Teilnehmers aus Deutschland verwiesen, der kurz und knapp auf den Punkt gebracht hat, was die Nicht-Teilnehmer:innen der Tagung buchstäblich verpasst haben: "Don't think I have ever attended an international event on any world region that has placed as much emphasis on first-hand, local perspectives as the FokusSahel conference

this week. Thanks to all the speakers who took the time to share their thoughts, absolutely fascinating."

Der vorstehende Tweet spricht zwar für sich, dennoch möchte Fokus Sahel allen Referent:innen ein großes Dankeschön aussprechen, vor allem jenen aus dem Sahel. Denn eine Reise nach Europa ist nie einfach, allein deshalb, weil es für die meisten mit aufwändigen Visa-Prozeduren einhergeht, etwa wenn einzelne Teilnehmer:innen erst einmal in ihre 1.000 Kilometer entfernten Hauptstädte reisen müssen, um ein Visum beantragen zu können. Gleichzeitig begreift Fokus Sahel die durch die Tagung neu entstandenen Kontakte und Verbindungen als Verpflichtung, auch bezüglich zukünftiger Nord-Süd- und/oder Süd-Süd-Veranstaltungen.

Jenseits der Referent:innen ergeht auch ein herzliches Dankeschön an alle anderen, die zum Gelingen der Tagung beigetragen haben: Den finanziellen Unterstützer:innen der Tagung, die auf Seite 2 namentlich erwähnt werden, den Übersetzer:innen des Netzwerks *lingua•trans•fair*, den Techniker:innen vom Nadanadi Studio, dem Veranstaltungsort Oyoun, den Organisator:innen der kollektiven Liveübertragung in N'Djamena (Centre d'Etude et de Formation pour le Développement), Ouagadougou (Centre National de Presse "Norbert Zongo"), Niamey (Alternative Espaces Citoyens) und Bamako (Organisation pour la Réflexion, la Formation et l'Education à la Démocratie et au Développement) und natürlich allen Teilnehmer:innen, die aus der Tagung überhaupt erst eine Tagung gemacht haben. ●



## 02

## Erste Annäherungen: Die vier Eröffnungsvorträge am ersten Nachmittag

*Vorbemerkung: Einige Referent:innen der Tagung haben auch schriftliche Versionen ihres Vortrags zur Verfügung gestellt, gleichzeitig haben alle frei geredet – sowohl bei den Eröffnungsvorträgen als auch in den einzelnen Workshop<sup>6</sup>s. In diesem Sinne orientiert sich die vorliegende Tagungsdokumentation in erster Linie am gesprochenen Wort, allerdings wurden die schriftlichen Vorträge bzw. Powerpoint-Präsentationen durchgehend berücksichtigt, insbesondere um überall dort stillschweigend Ergänzungen vorzunehmen, wo dies das Verständnis des mündlich Gesagten vertieft.*

### 2.1 Moussa Tchangari (Niger): Demokratie in Verruf

*Den Auftakt machte Moussa Tchangari per Online-Zuschaltung. Er ist Generalsekretär des Alternative Espaces Citoyens [Alternative Bürgerrechtsräume], einer der bekanntesten Menschenrechtsorganisationen im Niger, die zu verschiedenen Themen aktiv ist, unter anderem zu den Auswirkungen der restriktiven EU-Migrationspolitik und zur politischen Bildung junger Menschen. Moussa Tchangari wurde in den letzten Jahren mehrfach inhaftiert, zuletzt 2020 im Kontext einer von der Polizei gewaltsam aufgelösten Antikorruptionsdemonstration, zu deren Organisator:innen er gehört hat.*

Passend hierzu begann Moussa Tchangari seinen

Vortrag mit der Feststellung, dass sich die Bevölkerung in Niger schon seit langem umfassender Gewalt seitens staatlicher Akteure ausgesetzt sehe. Meist diene die Gewalt der Durchsetzung bzw. Absicherung von Korruption, Unterschlagung und anderen Willkürakten. Und das wiederum habe mit Straflosigkeit zu tun. Denn die Justiz sei keineswegs unabhängig, vielmehr grasten die Richter:innen dort, wo sie angebunden seien, so ein von Moussa Tchangari zitiertes Sprichwort. Umso problematischer sei, dass sich in Niger in den vergangenen 10 Jahren zahlreiche bewaffnete, mitunter dschihadistische Gruppen herausgebildet hätten – auch als Reaktion auf die alles durchdringende Gewalt des Staates. Das fordere zahlreiche Opfer, zudem sähe sich der Staat ermutigt, im Namen des Antiterrorkampfes Freiheitsrechte systematisch zu beschneiden, und zwar ohne dass dies nennenswerte Proteste in der Bevölkerung nach sich zöge. Verantwortlich hierfür seien vor allem zwei Gründe: Einerseits, dass es seit der (Wieder-)Einführung demokratischer Prinzipien Anfang der 1990er Jahre nicht gelungen sei, jene tief in der Gesellschaft verankerten autoritären Haltungen zu überwinden, die unter anderem das Ergebnis jahrzehntelanger Einparteienherrschaft und Militärdiktatur gewesen seien. Andererseits, dass das westliche Modell repräsentativer Mehrparteiendemokratie extrem in Verruf geraten sei – nicht nur, weil es in den 1990er Jahren die Herausbildung von Korruption, Klientelismus etc. begünstigt habe, sondern auch deshalb, weil es seitens der Bevölkerung irrtümlicherweise für die ebenfalls in den 1990er Jahren durchgeführten verschuldungsbedingten Struktur Anpassungsprogramme des IWF und anderer internationaler Kreditgeber verantwortlich gemacht worden sei. Demgegenüber wies Moussa Tchangari darauf hin, dass autoritäre Regime keineswegs größere Erfolge bei der Terrorbekämpfung erzielen würden als demokratisch gewählte Regierungen. Seine Quintessenz lautete daher, dass man sich entgegen des autoritären Trends für Demokratie einsetzen müsse, allerdings für direkte bzw. partizipative Demokratie – einen Begriff, den er in der anschließenden Debatte auf mehrere Rückfragen hin konkretisierte. Danach ginge in der partizipativen Demokratie die Souveränität maßgeblich von den Bürger:innen aus. Das sei der zentrale Unterschied zur repräsentativen Demokratie, die überall auf der Welt

<sup>6</sup> Die Video-Aufzeichnungen der Eröffnungsvorträge am ersten Tag und der Keynote am zweiten Tag finden sich auf der Webseite von Fokus Sahel.

in die Krise geraten sei, nicht nur im Sahel. Die Transparenz- und Rechenschaftspflichten der Abgeordneten seien in der (erst noch zu schaffenden) partizipativen Demokratie stärker ausgeprägt, zudem gelte es, Referenden und andere Formen der unmittelbaren Mitsprache stärker zu berücksichtigen, was jedoch zusätzliche Sensibilisierungs- und Ausbildungsprozesse der Bürger:innen erfordern würde. Moussa Tchangari formulierte in diesem Kontext auch sein bereits bei der Tagung 2019 viel beachtetes Credo, wonach der gesamte Sahel eine soziale Revolution brauche, verstanden als eine wirklich tiefgreifende Neuordnung der gesellschaftlichen Institutionen. Nur so könnten die Menschen im vollumfänglichen Sinne die Erfahrung machen, dass sie es selbst seien, die die maßgeblichen Entscheidungen treffen würden, womöglich auch als imperative Mandate für ihre jeweiligen Abgeordneten, wie er sinngemäß formulierte.

## 2.2 Delphine Djiraibe (Tschad): Exklusive Demokratie

*Als zweite Rednerin sprach die Menschenrechtsanwältin Delphine Djiraibe, die zu den prominentesten Stimmen der Zivilgesellschaft im Tschad gehört. 1991 hat sie die Association Tchadienne pour la Promotion et Défense des Droits de l'Homme [Tschadische Vereinigung für die Förderung und Verteidigung der Menschenrechte] mitgegründet, die unter anderem für die juristische Aufarbeitung der Verbrechen des langjährigen Diktators Hissène Habré bekannt wurde. Zudem setzt sie sich für die Rechte von Frauen und ländlichen Gemeinschaften ein, unter anderem im Kontext einer Erdölpipeline im Süden des Tschad. Hierzu gehört auch ihre Tätigkeit im Public Interest Law Center (PILC), wo sogenannte "Para-Jurist:innen" ausgebildet werden, also Laien, die juristische Beratung für Menschen anbieten, die schwer oder keinen Zugang zum Justizwesen haben. Delphine Djiraibe sah sich immer wieder politischer Repression ausgesetzt, bereits ihr Studium musste sie in Brazzaville in der Republik Kongo absolvieren.*

Mit dem Titel ihres Vortrags "Exklusive Demokratie" bezog sich Delphine Djiraibe auf eine vor allem in



Delphine Djiraibe. Foto: Djif Djimeli

Frankreich geführte Debatte, wonach Frauen implizit ausgegrenzt würden, ohne dass es dafür einen expliziten Beschluss bräuchte. Verantwortlich seien vielmehr Vorurteile. In den Gesellschaften des Sahel dominiere das Maskuline, es gäbe keine Mechanismen, die eine Beteiligung von Frauen garantieren würden. Schlimmer noch: selbst wenn sie einflussreiche Positionen erhielten, diene das lediglich der Zierde. Vor diesem Hintergrund nahm Delphine Djiraibe in einem zweiten Schritt die Demokratie als Ganzes in den Blick, verbunden mit dem Bonmot, dass im Tschad die Demokratie doppelt exklusiv sei, schließlich würden nicht nur Frauen ausgegrenzt, sondern die Gesellschaft insgesamt. Dabei sei auffällig, dass die Menschen im Westen in aller Regel nicht nachvollziehen könnten, wenn Vertreter:innen der Zivilgesellschaft im Sahel echte Demokratie einfordern würden, einfach, weil sie nicht begriffen, dass es in Ländern wie dem Tschad keine echten demokratischen Prozesse gäbe, sondern lediglich taktische Manöver, um die Existenz realer Diktaturen zu verschleiern. Auf dem Papier seien zwar politische Grundrechte gewährleistet, doch wer sich an einer



Demonstration beteilige, müsse jederzeit mit Schüssen oder willkürlichen Festnahmen, ja mit Folter rechnen, dies allerdings ohne Aussicht auf unabhängige gerichtliche Verfahren. Es passte daher, dass Delphine Djiraïbe mit ebenso sarkastischem wie bebendem Unterton resümierte, dass im Tschad der Staatsstreich seit 40 Jahren der Modus des Regierungswechsels sei, stets mit dem Ziel, die Interessen einer kleinen kleptokratischen Elite zu bedienen. Nicht weniger bitter sei, dass sich die westlichen Länder zu Komplizen dieser gefälschten Demokratien gemacht hätten – allen voran Frankreich. Ignoriert würde außerdem, dass derartige Umstände geradezu zwangsläufig bewaffnete Aufstände hervorriefen. Trotz desolater Ausgangslage warf Delphine Djiraïbe abschließend die Frage nach etwaigen Lösungsansätzen auf: Eine Option seien die teils lauten, teils stillen Proteste von Frauen, die sich die aktuelle Lage schon länger nicht mehr gefallen ließen. Zudem bedürfe es lokaler Strategien zur Armutsbekämpfung. Noch wichtiger sei indessen die Herausbildung eines kollektiven Bewusstseins, auch mit Blick auf grenzüberschreitende Solidarität, so wie das in Mali unter der aktuellen Übergangsregierung bereits stattfinden würde. Und darauf wiederum sollten sich Länder wie Deutschland positiv beziehen, vor allem, indem sie eine von Frankreich unabhängige Politik gegenüber den Sahelländern entwickeln bzw. betreiben würden.

### 2.3 Ousmane Sy (Mali): Demokratie und Dezentralisierung

*Dritter Redner war der Agrarökonom Ousmane Sy, der im Laufe seines Lebens viele Rollen bekleidet hat – als Wissenschaftler, ländlicher Entwicklungsberater, Politiker und Vertreter der Zivilgesellschaft. In den 1990er Jahren war er zuständiger Minister für die Umsetzung der Dezentralisierung in Mali, 1999 gehörte er zu den Initiator:innen des Netzwerks zur Neugründung der Regierungsführung in Afrika [Alliance pour Refonder la Gouvernance en Afrique – kurz: ARGA]. Ousmane Sys Beitrag erfolgte online, bemerkenswert war vor allem, dass er – wie schon in der Einleitung erwähnt – eine ungewöhnlich optimistische Lesart der aktuellen Entwicklungen in Mali präsentierte.*

In seinem Beitrag griff Ousmane Sy auf Überlegungen zurück, die er bereits in seinem 2009 erschienenen und auch auf deutsch vorliegenden Buch *Reconstruire l'Afrique* [Vorwärts Afrika. Plädoyer für einen Wandel von unten] detailliert ausgeführt hat. Danach hätten in vorkolonialer Zeit auf dem Territorium des heutigen Malis unterschiedlich große Reiche bestanden, die zwar jeweils ein Zentrum gehabt, gleichzeitig jedoch die Selbstverwaltung der einzelnen Regionen als konstitutives Prinzip respektiert hätten. Just dieser Spannungsbogen zwischen Vielfalt und Einheit sei allerdings durch die französische Kolonialmacht auf-



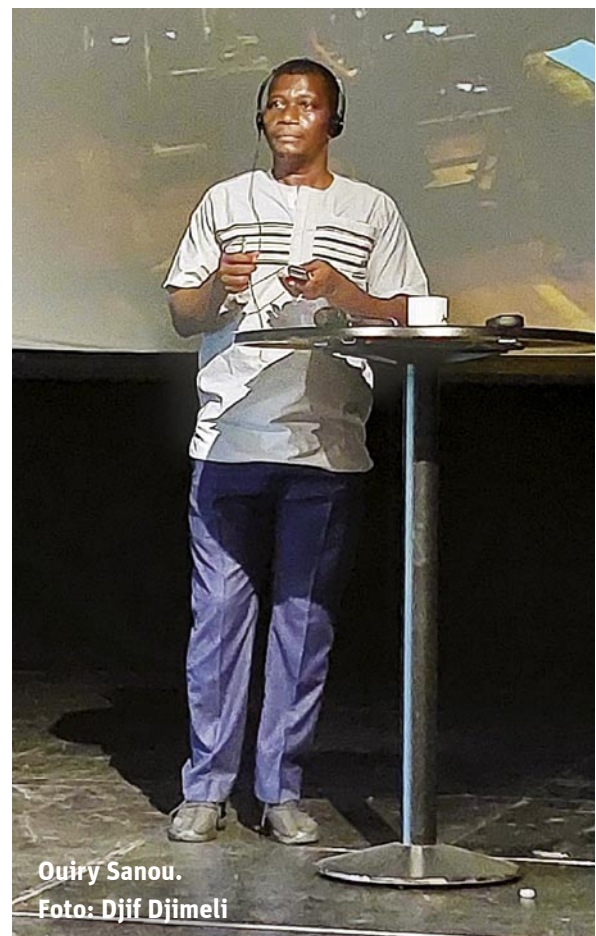
Ousmane Sy. Foto: Kerem Schamberger

gehoben worden, indem diese ihre hierarchische, aus Frankreich importierte Verwaltungsstruktur den neu kolonisierten Gesellschaften übergestülpt hätte. Und tragischerweise hätten hieran auch die Unabhängigkeitseliten festgehalten, obwohl von Anfang an klar gewesen sei, dass ein derart großes und vielfältiges Land wie Mali nicht zentralistisch von Bamako aus gesteuert werden könnte. Entsprechend sieht Ousmane Sy in diesem Widerspruch die Wurzel der heutigen Konflikte. Denn so hätte sich bereits früh ein fundamentales Misstrauen der lokalen Bevölkerungen gegenüber dem Zentrum und seinen Institutionen herausgebildet. Umgekehrt sei 1991 mit dem Sturz des langjährigen Diktators Moussa Traoré erstmalig seit der Unabhängigkeit der Weg für die längst überfällige Dezentralisierungsreform frei geworden. Dabei sei es auch zu Fehlern gekommen, vor allem deshalb, weil die Verantwortlichen in Bamako nicht bereit gewesen wären, Kompetenzen und Finanzen – und somit Privilegien – an die neu geschaffenen Kommunen abzugeben. Und doch bezeichnete Ousmane Sy jene Zeit als kleine Revolution. Denn dank Dezentralisierung seien die Menschen heute weniger gehorsam als früher. Mehr noch: Sie hätten ihre Rechte entdeckt und damit begonnen, als selbstbewusste Bürger:innen konkrete Forderungen gegenüber dem Staat zu artikulieren. Das sei, so Ousmane Sy, der eigentliche Grund für seinen Optimismus, ungeachtet dessen, dass viele staatliche Verantwortungsträger:innen jene Zeitwende bis vor kurzem nicht adäquat verstanden hätten, was wiederum Wasser auf die Mühlen dschihadistischer Kräfte gewesen wäre. Letzteres sei dramatisch, allerdings nur eine Art Übergangsphänomen, so Ousmane Sys Einschätzung, die sich auch darin widerspiegelte, dass er der Sicherheitskrise ganz offenkundig keinen größeren Raum in seinem Vortrag einräumen wollte. Vielmehr gelte: Die Menschen in Mali würden den Staat nicht grundlegend ablehnen, sie wünschten aber einen anderen, einen dezentralisierten Staat. Und um dieses Ziel zu erreichen, sei es erforderlich, den in den 1990er Jahren begonnenen Prozess der Demokratisierung fortzusetzen, also den lokalen Akteuren zuzuhören – nicht zuletzt den jungen Menschen, den Frauen, den Vertreter:innen der Zivilgesellschaft und natürlich den traditionellen und religiösen Autoritäten. Kurzum, es bedürfe, so Ousmane Sys eindringlich vorgetragenes Credo, einer

Koalition der lokalen Akteure, und sobald dies der Fall sei, könnte die gesamtgesellschaftliche Krise schrittweise überwunden werden.

## 2.4 Ouiry Sanou (Burkina Faso): Demokratie und Souveränität

*Als vierter Redner ergriff Ouiry Sanou das Wort. Der studierte Jurist ist Generalsekretär des landesweiten Jugendnetzwerks ODJ - Organisation Démocratique de la Jeunesse du Burkina Faso [Demokratische Jugendorganisation von Burkina Faso], das 2014 bei den erfolgreichen Massenprotesten gegen den langjährigen Autokraten Blaise Compaoré eine wichtige Rolle gespielt hat. Ouiry Sanou war bereits an der Frankfurter Tagung 2019 beteiligt, vielen ist er in Erinnerung geblieben, weil er der Aussage des damaligen Sahel-Beauftragten der Bundesregierung, Walter von den Driesch, vehement widersprochen hat, wonach die Vielfachkrise im Sahel maßgeblich mit der dortigen demographischen Entwicklung zu tun habe: "Warum*



Ouiry Sanou.  
Foto: Djif Djimeli

*kümmert ihr euch um unsere Geburtenrate, während euch die katastrophale Gesundheitssituation und die täglich sterbenden Kinder kalt lassen?! [...] Europa sieht nicht, was uns wirklich umtreibt. Ihr fürchtet die Putsche, weil ihr die Macht in den Händen eurer afrikanischen Regierungsmarionetten halten wollt, damit ihr weiter unsere Bodenschätze ausbeuten könnt, ohne dass hiervon die Masse der Bevölkerung profitieren würde."*

Die 2019 von Ouiry Sanou gewählten Worte waren zugespitzt, aber sie drückten eine im Sahel unter jungen Menschen weit verbreitete Stimmung aus, Tendenz weiterhin steigend. Hierzu passte, dass Ouiry Sanou ähnlich wie Ousmane Sy weit in die Geschichte zurückging, allerdings mit einer völlig anderen Akzentsetzung: Er rief nicht nur die Verbrechen der Sklaverei und des Kolonialismus in Erinnerung, sondern auch die fatalen Effekte der verschuldungsbedingten IWF-Strukturanpassungsprogramme in den 1980er und 1990er Jahren, und verband dies wiederum mit der grundsätzlichen Feststellung, dass sich die Gesellschaften des Sahel aus dem in der Geschichte entstandenen Klammergriff des Westens befreien müssten, um ihre eigene Zukunft wirklich souverän – und somit demokratisch – gestalten zu können. In diesem Zusammenhang unterzog er auch die Sozialstruktur Burkina Fasos einer kurzen Analyse. Denn schon die seit den 1940er Jahren in der län-

derübergreifenden Unabhängigkeitspartei *Rassemblement Démocratique Africain* (Afrikanische Demokratische Sammlungsbewegung) organisierten Unabhängigkeitseleiten hätten die Interessen der breiten und überwiegend ländlichen Bevölkerung aus dem Auge verloren – Ouiry Sanou sprach diesbezüglich von einer kleinbürgerlichen Haltung, die sich durchgesetzt habe. Umso dringlicher sei es, in der Gegenwart genau hinzugucken, welche politischen Akteure welche Interessen propagieren würden, vor allem mit Blick auf die Notwendigkeit, die Fremdbestimmung durch Frankreich aufzuheben. Bemerkenswert war, dass die Ausführungen von Ouiry Sanou bei vielen der (älteren) Teilnehmer:innen aus dem Sahel auf offene Ohren stießen. Etwa bei **AMADOU M'BOW**, Vorsitzender der AMDH - *Association Mauritanienne des Droits de l'Homme* [Mauretanischen Vereinigung für Menschenrechte], der in Erinnerung rief, dass es bis in die 1990er Jahre überall in Westafrika eine starke linke Öffentlichkeit gegeben habe. Beispielsweise sei Mauretanien bereits 1973 aus der Währungszone des Franc CFA ausgestiegen, zudem hätte die Regierung einige der mauretanischen Landes-sprachen zu offiziellen Amtssprachen erklärt. Doch dieser kritische Geist sei verschütt gegangen, da junge Menschen seit den 1980er Jahren ökonomisch immer stärker unter Druck geraten seien und daher kaum noch Zeit gehabt hätten, sich politisch zu betätigen. ●



Néné Diallo (vgl. Vortrag S. 15f)  
Foto: Djif Djimeli



## 03

## Ludovic Lado: SCHAFFT DEMOKRATIE FRIEDEN? Keynote – Eröffnung Tag 2

*Vorbemerkung: Bereits die vier Einleitungsvorträge am ersten Tag haben ein weites Panorama entstehen lassen, vor allem haben sie gezeigt, dass die Frage der Demokratie aus ganz verschiedenen Perspektiven betrachtet werden kann. Die Keynote zu Beginn des zweiten Tages sollte daher keine Zusammenfassung oder gar Quintessenz der Einleitungsvorträge sein – das wäre nicht möglich gewesen. Stattdessen sollte es darum gehen, den eigentlichen Ausgangspunkt der Tagung erneut in Erinnerung zu rufen, also die Frage, inwieweit das Schlüsselwort der Demokratie geeignet sei, nicht nur die aktuelle Krise im Sahel besser zu begreifen, sondern auch Lösungsperspektiven aufzuzeigen und somit zum gesellschaftlichen Frieden in der Region beizutragen.*

*Übernommen hat die Aufgabe Ludovic Lado, gebürtiger Kameruner, der derzeit Generaldirektor des Centre d'Etude et de Formation pour le Développement [Ausbildungs- und Studienzentrum für Entwicklung] in Tschads Hauptstadt N'Djamena ist. Ludovic Lado ist Jesuit und Anthropologe. Er hat bereits in Kamerun, der Elfenbeinküste und den USA gelehrt und ist Autor mehrerer Bücher, unter anderem der 2009 erschienenen Studie *Catholic Pentecostalism and the Paradoxes of Africanization* [Katholische Pfingstbewegung und die Paradoxien der Afrikanisierung].*

Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Demokratie und Frieden hat Ludovic Lado mehrere Zusammenhänge herausgearbeitet, auch unter Rückgriff auf

statistische Daten in afrikanischen Ländern. Ausgangspunkt war seine Feststellung, dass die Wahrscheinlichkeit offen ausgetragener Konflikte umso höher ausfalle, je weniger demokratisch ein Land verfasst sei. Umgekehrt gelte jedoch nicht, dass ein hoher Grad an Demokratie automatisch Garant für friedliche Verhältnisse sei. Denn ein zweiter, von Ludovic Lado ebenfalls ausbuchstabierter Zusammenhang besagt, dass eine Gesellschaft umso konflikthafter sei, je stärker der Wert sozialer Gerechtigkeit verletzt würde. Und auch das läge auf der Hand, da ja terroristische Gruppen ganz gezielt unter solchen Personen rekrutieren würden, die relativ am stärksten von sozialen Ausschlusserfahrungen wie Erwerbslosigkeit oder niedriger Bildung betroffen seien, nicht selten im Verbund mit Drogenmissbrauch. In der Konsequenz hieße das, so der Referent, dass jene Gesellschaften am friedlichsten seien, die den höchsten Grad von Inklusivität aufwiesen – und zwar bezogen auf alle Bevölkerungsgruppen, einschließlich Minderheiten. Vor diesem Hintergrund vollzog Ludovic Lado im zweiten Teil seines Vortrags einen Perspektivenwechsel und zeigte, inwiefern bestimmte Eliten im Tschad versuchen würden, den gesellschaftlichen Diskurs zu manipulieren – in aller Regel, um eigene Interessen zu wahren, bei gleichzeitiger Verletzung grundlegender demokratischer Standards. Als abschreckendes Beispiel diente die Vorführung eines auch auf Youtube abrufbaren Interviews, in dem sich Daoussa Déby – der ältere Bruder des im April 2021 ums Leben gekommenen tschadischen Langzeitdiktators Idriss Déby – als geläuterter Kritiker des Regimes geriert<sup>7</sup>. Er redet wie ein Oppositioneller, ja er geißelt schlechte Regierungsführung, Korruption und fehlende soziale Gerechtigkeit. Doch das sei völlig unglaubwürdig, wie auch Delphine Djiraibe in der anschließenden Diskussion betonte. Denn **DAOUSSA DÉBY** sei seit jeher ein Mann des Regimes gewesen, er hätte als Bauunternehmer ein riesiges Vermögen angehäuft, zudem habe er – unter anderem als Minister – die Verfolgung kritischer Journalist:innen veranlasst, deren Verteidigung wiederum sie selbst übernommen hätte. ●

<sup>7</sup> Das Interview ist in mehreren Varianten verfügbar, dieser Link enthält eine Langversion von 26 Minuten: <https://www.youtube.com/watch?v=30vQj9NX-A8>



Ludovic Lado (rechts). Foto: Djif Djimeli

# 04

## Workshop-Phase

### 4.1 Workshop I Demokratie und Legitimität

Dieser von **RAOUL BAGOPHA** moderierte Workshop ist der prinzipiellen Frage nachgegangen, aus welchen Elementen sich Demokratie zusammensetzt. Vor allem sollte, so die Workshop-Ankündigung, das Zustandekommen von Legitimität näher betrachtet werden, auch vor dem Hintergrund, dass der Demokratie im Sahel genauso wie weltweit die Luft auszugehen drohe – während umgekehrt andere Systeme an Attraktivität gewinnen würden. Zum Einstieg sprachen **MAIKOUL ZODI** (Niger) und **AUGUSTIN CISSÉ** (Mali). Vorgesehen waren auch **DOROTHEA E. SCHULZ** (Deutschland) und **ABDOURHAMANE DICKO** (Mali), doch beide mussten krankheitsbedingt absagen, letzterer nur für den Workshop.

**MAIKOUL ZODI**, der als Koordinator bei Tournons la Page tätig ist, sprach als erster und wies darauf hin, dass Niger gemeinhin als demokratisches Land wahrgenommen würde, vor allem aufgrund seiner turnusgemäß abgehaltenen Wahlen. Doch die Realität sehe weniger rosig aus: Laut eines im Juni 2022 er-

schienen Reports von Tournons la Page seien seit 2014 1091 Menschen aus politischen Gründen willkürlich festgenommen worden<sup>8</sup>. Auch er selbst habe 2018 wegen Protesten gegen ein neues Steuergesetz in Haft gesessen, welches vor allem Geringverdiener:innen belastet hätte. Aus seiner Sicht sei es daher angemessener, von einem hybriden politischen System zu sprechen, zumal es auch zahlreiche andere Defizite gäbe. So verliefen die Wahlen in Niger weder transparent noch frei, wie er als Wahlbeobachter bestätigen könne, außerdem unterlägen die Abgeordneten keiner echten Rechenschaftspflicht gegenüber ihren Wähler:innen. In der Summe kam Maikoul Zodi zu der Schlussfolgerung, dass die Demokratie seit ihrer Einführung Anfang der 1990er Jahre die Erwartungen der Menschen systematisch enttäuscht und somit selbst zu ihrer Ablehnung beigetragen hätte.

**AUGUSTIN CISSÉ** – Jurist und Generalsekretär der entwicklungspolitischen Organisation ORFED – nahm viele dieser Fäden auf, betonte jedoch, dass die Demokratie im Sahel keineswegs abgelehnt würde. Wichtiger sei die Forderung, Demokratie nicht auf ihre bloße Form zu reduzieren, etwa auf Wahlen oder die Mehrparteienlogik. Vielmehr komme es auf ihre Inhalte an, das heißt auf jene Werte und

<sup>8</sup> Der Bericht liegt auf Englisch und Französisch vor:  
Niger : Civic space on the verge of extinction  
[https://tournonslapage.org/fr/outils-et-ressources/Rapport%20Niger-Tournons-la-Page\\_web-LD%20\(1\).pdf](https://tournonslapage.org/fr/outils-et-ressources/Rapport%20Niger-Tournons-la-Page_web-LD%20(1).pdf);  
Niger : L'espace civique en voie d'extinction:  
[https://tournonslapage.org/en/outils-et-ressources/Rapport%20Niger-Tournons-la-Page\\_web-EN.pdf](https://tournonslapage.org/en/outils-et-ressources/Rapport%20Niger-Tournons-la-Page_web-EN.pdf)

Prinzipien, die den demokratischen Abläufen überhaupt erst eine inhaltliche Ausrichtung geben würden. Und just hier habe die Demokratie im Sahel grundlegend versagt, denn sie habe es nicht geschafft, einen substanziellen Beitrag zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit zu leisten, was aber viele Menschen als grundlegende Aufgabe demokratischer Politik betrachten würden. Hintergrund sei, so Augustin Cissé, dass die durch Parteien vermittelte Repräsentation nicht funktioniere. Denn Parteien im Sahel würden nicht die Interessen der Bevölkerung vertreten (d.h. repräsentieren), auch nicht die Interessen einzelner Berufsgruppen, etwa diejenigen von Viehhirt:innen. Sie seien vielmehr reine Machtkartelle, Vehikel zum Stimmenfang, ohne jede Programmatik. Und das wiederum sei der Grund, weshalb eine breite Mehrheit der Menschen in Mali die von Militärs getragene Übergangsregierung unterstützen und ihr so Legitimität verleihen würden – während umgekehrt bei vergangenen Wahlen gerade mal 40 Prozent der Menschen ihre Stimme abgegeben hätten. Kurzum, Augustin Cissé vertrat die These, dass die Menschen in Mali die Militärs nicht trotz, sondern wegen ihrer demokratischen Gesinnung unterstützten. Sie umtreibe die Hoffnung, dass die Militärs Schluss mit Korruption, Laxheit, schlechter Ressourcenverwaltung, Straflosigkeit etc. machten und somit die Voraussetzung dafür schaffen würden, endlich eine echte demokratische Dividende einfahren zu können.

In eine ähnliche Richtung argumentierte **ABDOURHAMANE DICKO**, der – wie schon erwähnt – krankheitshalber ausgefallen war, aber seinen Beitrag schriftlich zur Verfügung gestellt hat. Danach bestünde im Sahel ein Bruch zwischen Regierungen und Bevölkerungen. Die Menschen fühlten sich ausgeschlossen, gewissermaßen aufgegeben. Ungeachtet dessen würden sie grundlegende Rechte genauso wie stärkere Rechenschaftspflichten auf Seiten der politisch Verantwortlichen einfordern. Beides interpretierte Abdourhamane Dicko – ähnlich wie Ousmane Sy – als Ausdruck einer demokratischen Grundhaltung. Problematisch sei allerdings die Frage der Repräsentation, also der Umstand, dass die herkömmliche Elite willkürlich agiere, ohne Rücksicht auf die Interessen der breiten Bevölkerung. Und ähnliches treffe auch auf etablierte zivilgesellschaftliche Akteure zu, zumal diese stets Gefahr liefen, vereinnahmt zu werden. Nicht weniger problematisch sei, dass die Institutionen

viel zu stark der Exekutive untergeordnet seien, das gelte selbst für das Parlament. Hinsichtlich praktischer Lösungsansätze meinte Abdourhamane Dicko, dass der Staat auf die Bevölkerung zugehen und mit dieser einen neuen sozialen Vertrag abschließen müsse. Hierzu gehörten unter anderem eine ethische Neufundierung des Wahlprozesses (also Transparenz, Förderung des staatsbürgerlichen Bewusstseins etc.), eine vollständige Umsetzung der Dezentralisierung und eine systematische Integration traditioneller Eliten, darunter Imame, Dorfchefs und religiöse Bruderschaften.

Auch die vierte Referentin **DOROTHEA E. SCHULZ** musste krankheitsbedingt absagen. Allerdings sei ausdrücklich auf ihr lesenswertes, 2021 erschienenes Buch "Political Legitimacy in Postcolonial Mali" hingewiesen – zeigt dieses doch auf Basis jahrzehntelanger Forschungen im Hinterland der Kleinstadt Kita im Südwesten Malis, dass Regierungen bzw. Politiker:innen insbesondere dann seitens der ländlichen Bevölkerung mit Legitimität ausgestattet würden, wenn sie auch deren materiellen Alltagsinteressen berücksichtigen würden. Das Buch von Dorothea E. Schulz<sup>9</sup> bestätigt also die auf der Tagung von nahezu allen Referent:innen vertretene These, wonach es falsch wäre, Legitimität in erster Linie an die formale Aufrechterhaltung demokratisch korrekter Verfahren zu koppeln – unter Ausblendung normativer Prinzipien. Denn das kann zu falschen Schlussfolgerungen führen. So geschehen im April 2022, als die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock nicht bereit gewesen sei, wie bei der Abendveranstaltung zur deutschen Sahel-Politik kritisch angemerkt wurde, die gravierenden und juristisch fragwürdigen Sanktionen zu kritisieren, die die ECOWAS im ersten Halbjahr 2022 einzig deshalb gegenüber Mali verhängt habe, weil sich die Übergangsregierung – mit Blick auf die schwierige Lage im Land – noch nicht auf einen definitiven Wahltermin habe festlegen wollen.<sup>10</sup>

Die anschließende Debatte war äußerst lebendig, auch durch die intensive Beteiligung digital zugeschalteter Teilnehmer:innen aus dem Sahel. Einigkeit bestand darüber, dass die Demokratie im Sahel nicht

9 Dorothea Schulz, *Political legitimacy in postcolonial Mali*, Rochester 2021

10 Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass mittlerweile Wahlen für Februar 2024 angesetzt sind.



Azizou Chehou und Mariam dite Gogo Bambara  
Foto: Djif Djimeli



zur Disposition stünde. Demgegenüber wurde um viele der konkreten Fragen intensiv gerungen: Beispielsweise darum, welche Rolle Parteien zukünftig spielen sollten: Seien sie wirklich der einzige Transmissionsriemen, um die Interessen der Bevölkerung adäquat zu repräsentieren und in die politische Arbeit des Parlaments einzuspeisen oder könne diese Aufgabe nicht effektiver von (beruflichen) Interessenvertretungen wahrgenommen werden (auch unter Berücksichtigung davon, dass die Parteien bis heute in erster Linie Seilschaften zur Verteidigung partikularer Interessen seien, nicht aber programmatisch ausdifferenzierte Plattformen). Weitere, überwiegend kontroverse diskutierte Punkte waren die Rechenschaftspflicht von Abgeordneten, Amtsenthebungsverfahren (Stichwort "Partizipative Demokratie"), die Begrenzung der Mandatszeiten von Abgeordneten, Abgeordneten-Diäten, Parteienfinanzierung, Dezentralisierung sowie die stärkere Beteiligung junger Menschen an politischen Entscheidungsprozessen. Bereits diese kurze Aufzählung dürfte deutlich machen, dass es im Sahel nicht darum geht, lediglich an einzelnen Stellschrauben zu drehen. Vielmehr geht es um eine Neuordnung der demokratischen Institutionen insgesamt, und das wiederum kann nur gelingen, wenn auch die ländliche Bevölkerung – samt ihrer Institutionen – systematisch einbezogen wird, wie der Workshop ebenfalls deutlich gemacht hat.

## 4.2 Workshop II Jugend und Partizipation

*Bereits bei der Frankfurter Tagung wurde über die Rolle der Jugend im Sahel diskutiert, damals unter dem Titel "Jugend zwischen Perspektivlosigkeit und Aufbruch". Es passte daher, dass in Berlin einleitend auf zwei wichtige Einsichten der 2019-Tagung hingewiesen wurde: Einerseits, dass "Jugend" immer im Plural zu denken wäre. Andererseits, dass es in die Irre führte, junge Menschen – insbesondere junge Männer – in erster Linie als Gefährder zu brandmarken, anstatt die Chancen und Potentiale in den Vordergrund zu rücken. Beides war für den Berliner Workshop wichtig, denn dort wurde aus unterschiedlichen Perspektiven ausgelotet, wie die Stimmen junger Menschen gestärkt werden können, um ihr Potenzial als Akteure des Wandels zu nutzen, so der Ankündigungstext. Eingeladen waren fünf Gäste, von denen nur drei im engeren Sinne zur Jugend gehörten, aber das war der besondere Reiz dieser von **FLORETTA KAYALES** moderierten Konstellation: **NÉNÉ DIALLO** (Mali), **MARIAM DITE GOGO BAMBERA** (Mali), **OUSMANE MAIGA** (Mali), **HATO MOLLÉ MARÉ** (Burkina Faso) und **AZIZOU CHEHOU** (Niger).*

**NÉNÉ DIALLO** – Koordinatorin eines landesweiten Jugend-Netzwerks in Mali – eröffnete die Debatte mit einer umfassenden Zustandsbeschreibung des Status Quo der Jugend, wobei ihr die unterschiedlichen Einschätzungen ländlicher und städtischer Jugend-

licher bezüglich der politischen, mithin demokratischen Lage in Mali als Ausgangspunkt dienten: Rund 70 Prozent der Jugend lebten auf dem Land. Dabei hätten Studien gezeigt, dass sie allenfalls vage Vorstellungen davon hätten, was unter Demokratie zu verstehen sei. Ganz anders in der Stadt. Hier würden junge Leute vergleichsweise präzise Ideen formulieren, was eine demokratische Regierung zu "leisten" habe – "leisten" im umfassenden Sinne, so wie es im Workshop zu "Demokratie und Legitimität" ausführlich diskutiert wurde. Und weil das so wäre, meinten auch viele, dass die Demokratie zu einer Geißel in den Händen der politischen Elite geraten sei – mit dramatischen ökonomisch-sozialen Konsequenzen für größere Teile der Jugend (Stichwort: Perspektivlosigkeit). Dass die Jugend – zumindest im urbanen Raum – derart (heraus-)fordernd gesonnen sei, hätte, so Néné Diallo, vor allem zwei Gründe: Einerseits stelle es für junge Menschen in Mali – aber auch anderswo im Sahel – eine ausgesprochen prägende Erfahrung dar, dass in den vergangenen 30 Jahren stets jugendliche Protagonist:innen bei politischen Umbrüchen in der ersten Reihe gestanden hätten, ob 1991, als Massenproteste zum Sturz des Langzeitdiktators Moussa Traoré geführt hätten oder 2020, als es ebenfalls Massenproteste gewesen seien, die den Sturz des ungeliebten und vor allem hochgradig korrupten Präsidenten Ibrahim Boubacar Keita ermöglicht hätten. Andererseits sei es jungen Leuten durch die immer schnellere Verbreitung sozialer Medien gelungen, ihre Wissens- und Hand-

lungshorizonte enorm zu erweitern, auch durch Blogs, Video-Formate, interaktive Chats etc. Gewissermaßen schlossen diese Überlegungen an die von Ousmane Sy in seinem Einleitungsvortrag formulierte These an, wonach sich im Zuge der Dezentralisierung eine Art Selbstermächtigung der Bevölkerung gegenüber staatlichen Akteuren herausgebildet habe (auch wenn differenzierend hinzugefügt sei, dass sich Néné Diallo mit ihren Überlegungen in erster Linie auf die städtische Jugend bezog, während Ousmane Sy vor allem über Menschen in ländlichen Regionen gesprochen hat). Auf jeden Fall sei dies der Grund dafür, weshalb gerade junge Leute die aus einem Doppelputsch hervorgegangene Übergangsregierung unter Assimi Goita ausgesprochen stark unterstützen würden. Passend hierzu zitierte Néné Diallo eine im Mai 2022 veröffentlichte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, wonach sich 95 Prozent der Malier:innen mit der Übergangsregierung zufrieden zeigten. Dennoch sei klar, dass es dabei nicht bleiben dürfte. In klassischen Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften oder Berufsverbänden könnten sich junge Leute gemeinhin wenig Gehör verschaffen, so das abschließende Fazit. Umso mehr käme es darauf an, die Jugend bei der Entwicklung ihrer demokratischen und staatsbürgerlichen Kompetenzen zu unterstützen und natürlich ernst zu nehmen.

**OUSMANE MAIGA** – Aktivist im Bereich Menschenrechte von Kindern und Jugendlichen – spannt viele dieser Überlegungen weiter, insbesondere unterstrich



Hato Mollé Maré, Floretta Kayales, Ousmane Maiga  
Foto: Djif Djimeli

er, dass junge Leute oft wie Kinder behandelt würden, sodass es viel Durchsetzungsvermögen bedürfe, um sich einen gewissen Respekt zu erarbeiten. Eine eng damit verknüpfte Problematik sei, dass gerade junge Aktivist:innen häufig durch Bestechung und ähnliches gefügig gemacht würden, sobald sie die politische Bühne betreten würden.

Als dritte Rednerin sprach **MARIAM DITE GOGO BAMBERA**, die nicht nur die jüngste in der Runde war, sondern als Frau und Landbewohnerin zwei weitere Merkmale auf sich vereinte, die eine erfolgreiche Selbstbehauptung im zeitgenössischen Sahel enorm erschweren. Im Zentrum ihres Beitrags stand die These, dass aus Sicht ihrer Jugendorganisation "Koalition 2250" (deren Name auf eine Jugend-Resolution des UN-Sicherheitsrates anspielt) die durch die bewaffneten Konflikte gestiftete Bedrohung des sozialen Zusammenhalts die größte Herausforderung im ländlichen Raum darstelle. Sowohl die Rekrutierung junger Menschen durch bewaffnete Gruppen als auch die islamistische Indoktrinierung ganzer Dorfgemeinschaften sei das Resultat extremer wirtschaftlicher Verwundbarkeit und mangelnder, ebenfalls Armut geschuldeter Nicht-Informiertheit. Dabei könnten junge Leute bei der Prävention und Beilegung gewalttätiger Konflikte eine herausragende Rolle spielen – jedenfalls wenn sie in friedenserhaltende bzw. friedensbildende Maßnahmen systematisch integriert würden. Darüber hinaus müssten Antworten auf die Frage gefunden werden, wie junge Menschen in ländlichen Räumen politisch partizipieren könnten – auch das sei eine riesige Herausforderung für die Demokratie, und zwar umso mehr, als junge Menschen erst einmal eine geringere Affinität zu traditionellen politischen Aktivitäten wie die Beteiligung an Wahlen oder die Mitarbeit in einer Partei mitbrächten.

**MARÉ MOLLÈ HATO** ist Lehrerin und Beraterin für Konfliktprävention. Schwerpunkt ihres Vortrages war einerseits die von ihr auf unterschiedlichen Ebenen praktizierte Friedenspädagogik, deren Ziel darin bestünde, junge Menschen in die Lage zu versetzen, mit sich und ihren Nachbar:innen in Frieden zu leben. Andererseits führte sie aus, dass in Burkina Faso bis heute der politische Wille fehle, junge Menschen effektiv an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Schlimmer noch: In keinem der Sahelländer würde eine ausgearbeitete Strategie existieren, um die Resolution 2250 des UN-Sicherheitsrates umzu-

setzen, also jenes Dokument, das darauf abzielt, junge Menschen wahlweise von bewaffneten Gruppen fernzuhalten oder sie beim Ausstieg aus bewaffneten Gruppen zu unterstützen. Entsprechend mahnte Maré Mollè Hato einen intergenerationellen Dialog an. Denn Demokratie sei Voraussetzung für Frieden, aber Demokratie funktioniere nicht ohne Beteiligung der Jugend – ein Doppelaxiom, das bereits Ludovic Lado in seiner Keynote erläutert hatte.

Als letzter ergriff **AZIZOU CHEHOU** das Wort, der in bzw. von Agadez aus auf vielfältige Weise mit jungen Menschen zusammenarbeitet: Er betreibt eine Koranschule, ist Präsident einer überregional tätigen Jugend-NGO und koordiniert das Alarmphone Sahara, das mit durchreisenden jungen Leuten aus ganz Westafrika zusammenarbeitet. Azizou Chehou legte bemerkenswerterweise einen ähnlichen Schwerpunkt wie Néné Diallo, indem er darauf hinwies, dass es auch in Niger die Jugend gewesen sei, die Anfang der 1990er Jahre als mutige Avantgarde der Demokratie maßgeblich zum Durchbruch verholfen habe. Dennoch sei ihre Mitwirkung in politischen Entscheidungsprozessen bis heute unerwünscht. In Wahlkämpfen fungierten zwar einzelne junge Leute als Fußstruppen etablierter Politiker:innen, das ändere aber nichts an ihrer strukturellen Ausgrenzung, etwa durch Analphabetismus oder Erwerbslosigkeit. Entsprechend formulierte Azizou Chehou die ausdrückliche Warnung, wonach die nigrische Jugend zur Zeitbombe werden könnte, wenn die Beschäftigungsfrage nicht endlich gelöst würde.

In der abschließenden Diskussion kamen viele Einzelaspekte zur Sprache, unter anderem zum Zusammenhang zwischen Perspektivlosigkeit und Migration sowie zur aktuellen Übergangsregierung in Mali. Hervorgehoben sei jedoch ein Statement von **MARIAM DITE GOGO BAMBERA**, das relativ am Ende erfolgte und anschaulich beschrieb, inwiefern viele Jugendliche die strukturellen gesellschaftlichen Zwänge längst verinnerlicht hätten. So würde die Mehrheit junger Frauen spätestens ab ihrem 15. Lebensjahr – zusammen mit ihren Eltern – nur noch über eine möglichst rasch einzufädelnde Hochzeit nachdenken, samt früher Erstgeburt. Und diese Erfahrung sei es, die sie darin bestärkt habe, einen anderen Weg zu gehen und sich zunächst einmal um ihre Bildung kümmern zu wollen. Damit sei sie allerdings schon seit jeher eine Art Sonderling gewesen.





**Alasane Dicko**  
Foto: Djif Djimeli

shop in Berlin erneut ansetzen, unter besonderer Berücksichtigung davon, wie eine gleichberechtigte Beteiligung der seit Jahrzehnten systematisch marginalisierten Landbevölkerung an demokratischen Entscheidungsprozessen aussehen könnte. Als Referenten sprachen **BALA SANOU** (Burkina Faso), **FRANCOIS-PAUL RAMDÉ** (Burkina Faso), **ALASSANE DICKO** (Mali) und **MODIBO KEITA** (Mali/Deutschland).

Am Beispiel des Zugangs zu Boden führte **BALA SANOU** aus, inwiefern demokratische Teilhabe und alltägliche Existenzsicherung die beiden Seiten derselben Medaille seien. Denn an vielen Orten in Burkina Faso würden jene Familien über schlechtere Zugangsmöglichkeiten zu Boden verfügen, deren Vorfahren nicht zu den Gründern des jeweiligen Dorfes gehört und somit keine vererbaren Besitzansprüche auf Land erworben hätten, wie Bala Sanou aus seiner Arbeit als Wissenschaftler und Berater dörflicher Gemeinschaften zu berichten wusste. Stattdessen seien die betroffenen Nachfahren – in manchen Dörfern im Westen Burkina Fasos rund 70 Prozent der Bevölkerung – auf die Zuteilung von Boden durch die dafür (traditionell) Verantwortlichen angewiesen, was jedoch mittlerweile angesichts von Landknappheit eine der wichtigsten Ursachen für Konflikte im ländlichen Raum darstelle. Es gelte daher, so Bala Sanou, Tradition und Moderne zu versöhnen, wofür eine Art kommunaler Staatsbürgerschaft erforderlich sei, die allen Dorfbewohner:innen im Rahmen kollektiver Selbstverwaltungsmechanismen gleiche Rechte beim Zugang zu Boden gewähre.

**FRANCOIS-PAUL RAMDÉ** nahm die von Bala Sanou erwähnten Konflikte auf und sprach über einige der Voraussetzungen dafür, dass lokale Partizipationsprozesse tatsächlich gelingen könnten. Seine Überlegungen gingen von der Erfahrung aus, dass die in den 1990er Jahren auf den Weg gebrachte Dezentralisierung unter anderem deshalb unwirksam geblieben wäre, weil Wahlen in der anfänglichen Reformeuphorie zur einzigen Quelle demokratischer Legitimität erklärt worden seien. Und das mit der Konsequenz, dass ausgerechnet jene religiösen und traditionellen Persönlichkeiten an den Rand gedrängt worden wären, die häufig als einzige über die Kompetenz und Glaubwürdigkeit – und somit Legitimität – verfügten, um als Streitschlichter:innen zu agieren.

### 4.3 Workshop III Dezentralisierung, Partizipation und Demokratie im ländlichen Raum

Auch dieser Workshop hat Fragen aufgegriffen, die bereits 2019 in Frankfurt thematisiert wurden. Damals hat der mittlerweile leider verstorbene Agrarökonom Chéibane Coulibaly aus Mali in einem Workshop zu "Ressourcenkonflikte[n] im Kontext von Klimawandel und Landgrabbing" vor allem zwei Dinge herausgestellt: Zum einen, dass im fruchtbaren Nigerdelta bereits seit Beginn der marokkanischen Herrschaft im Jahr 1591 um Besitz- und Nutzungsrechte von Boden, Wasser und Baumbestand gestritten worden sei. Zum anderen, dass diese Prozesse mit der Herausbildung starker sozialer Gegensätze innerhalb einzelner Bevölkerungsgruppen einhergegangen wären – nicht zuletzt bei den Fulbe bzw. Peul. An solchen Fragestellungen sollte der von **OLAF BERNAU** moderierte Work-

Exemplarisch lasse sich dies, so Francois-Paul Ramdé, an den von seiner Organisation *Union Fraternelle des Croyants/Dori* [Geschwisterliche Vereinigung der Gläubigen/Dori] seit 2014 (mit-)gegründeten Friedenskomitees erkennen, die allerdings nicht mit den von der Regierung in jüngerer Zeit (von oben) lancierten Dialog-Komitees verwechselt werden sollten. Zur Streitschlichtung seien jene Friedenskomitees vor allem in solchen Dörfern eingesetzt worden, wo lokale Konflikte den Bau großer (von Misereor finanzierter) Regenauffangbecken blockiert hätten. In diesem Sinne käme den Friedenskomitees auch eine Vorbildfunktion für andere Konflikte zu, insbesondere jene zwischen Viehhirten und ackerbäuerlichen Haushalten, die im Sahel eine immer wichtigere Rolle spielen würden.

**ALASSANE DICKO** sprach über das Office du Niger – einem bereits während der Kolonialzeit erschlossenen Bewässerungsgebiet im Zentrum Malis, in dem eine kommunale oder dörfliche Selbstverwaltung kaum existiere. Denn im Office du Niger würde Land nicht nach Gewohnheitsrecht vergeben, vielmehr schließe jeder bäuerliche Haushalt einen Nutzungsvertrag mit der Verwaltung des Office du Niger ab. Und dies wiederum sei mit Vorschriften verbunden, vor allem was den Anbau von Reis während der Regenzeit betreffe. Als dem malischen Staat um die Jahrtausendwende Geld zum Ausbau des Office du Niger gefehlt habe (also zur Urbarmachung weiterer Flächen, die ans Bewässerungssystem angeschlossen werden sollten) sei unter Präsident Amadou Toumani Touré beschlossen worden, Pachtverträge mit (ausländischen) Großinvestoren zu vergeben – darunter großen Playern aus Südafrika und Libyen. Gleichzeitig sei dies der Beginn von Landgrabbing in großem Stil gewesen, unter anderem in den beiden Dörfern Sanamadougou und Sahou, deren Geschichte Alassane Dicko kurz skizzierte<sup>11</sup>. Nach seiner Einschätzung sei das Office du Niger der eher ungewöhnliche Fall einer Region, in der es nicht um die Abwesenheit

(dysfunktionaler) staatlicher Strukturen ginge, sondern um die alles erdrückende Anwesenheit einer despotisch-abgehobenen Verwaltungsstruktur. Beide Zustände seien für die jeweils Betroffenen dramatisch, was auch erkläre, weshalb in Mali bei Alltagsgesprächen über die Sicherheitskrise weniger von "Terroristen" die Rede wäre als von "Leuten aus dem Busch". Denn letztere stammten aus der (lokalen) Bevölkerung und würden immer wieder – trotz ihres destruktiven Agierens – mehr Legitimität als staatliche Repräsentant:innen genießen.

**MODIBO KEITA** – promovierter Psychopädagoge – beschäftigte sich in seinem Beitrag schwerpunktmäßig mit der Dezentralisierung, die – das sei an dieser Stelle ausdrücklich betont – eine Art roter Faden der Tagung bildete. Ausgangspunkt war die Feststellung, dass die Dezentralisierung letztlich nur eine Dekonzentration gewesen sei. Das heißt der Zentralstaat habe lediglich einzelne Aufgaben an untere Verwaltungsebenen delegiert (um effektiver handeln zu können), nicht aber Entscheidungs- oder Finanzmacht abgegeben. Grundsätzlich hob Modio Keita hervor, dass es kein Standardschema für die Umsetzung von Dezentralisierung gäbe. Vielmehr müsste jedes Land seinen eigenen Weg finden. Zu den grundlegenden Voraussetzungen hierfür gehörten unter anderem gute Bildungsangebote für alle Bevölkerungsgruppen sowie genaue Kenntnisse der jeweiligen lokalen Historien.

Im anschließenden Austausch wurden etliche weitere Fragen aufgeworfen, zwei Aspekte seien stellvertretend hervorgehoben: **FRANCOIS-PAUL RAMDÉ** berichtete, dass sich seine Organisation auch ausdrücklich um die Ausbildung von Mädchen und Frauen bemühe (unter anderem im Rahmen der Friedenskomitees), dass dieses geschlechtersensible Herangehen jedoch nur in enger Kooperation mit traditionellen und religiösen Führern möglich sei. Zudem hielt **ALASSANE DICKO** ein leidenschaftliches Plädoyer dafür, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit endlich die Projekte-Logik zu überwinden, auch deshalb, weil viele dieser Maßnahmen konzeptuell in Europa erdacht würden. Stattdessen gelte es, all jene sozialen Dynamiken zu fördern, die in den jeweiligen Gemeinschaften bereits liefen, was aber voraussetze, in einem ersten Schritt den Menschen zuzuhören und ernsthaft zu begreifen, worin die selbst definierten Entwicklungsbedarfe bestünden.

11 Das Fokus Sahel-Mitglied Afrique-Europe-Interact unterstützt die beiden Dörfer seit 2014 in ihren Bemühungen, das Land zurückzuerhalten, und das umso mehr, als der malische Großinvestor mittlerweile – entgegen des ursprünglichen Vertrages – nicht mehr Getreide und Kartoffeln anbaut, sondern riesige Viehherden auf dem Land grasen lässt. Weitere Infos finden sich auf der Webseite von Afrique-Europe-Interact – inklusive Links zu den Untersuchungsberichten der Afrikanischen Entwicklungsbank, die dem verantwortlichen Pächter ursprünglich einen Kredit von 16,8 Mio. Euro gegeben hatte: <https://afrique-europe-interact.net/607-0-Hintergrund-Vorschau.html>

#### 4.4 Workshop IV Zivilgesellschaft (insbesondere Medien) im Kontext von shrinking spaces und Menschenrechtsverletzungen

*Demokratie ohne Meinungsvielfalt, Streitkultur und Protest ist per definitionem nicht möglich. Umso beunruhigender ist, dass sich bereits seit Jahren der öffentliche Debattenraum in verschiedenen Ländern des Sahel zusammenzieht (shrinking spaces) oder – wie im Tschad – nur um den Preis von Überwachung und Verfolgung aufrechterhalten werden kann. In jüngerer Zeit sind verschiedene Gesetzesverschärfungen dazugekommen, auch solche, die die Arbeit von Medien und NGOs erschweren und das Internet einer scharfen Kontrolle unterwerfen. Vor diesem Hintergrund ist der von **SABINE ECKART** moderierte Workshop insbesondere zwei Fragen nachgegangen: Einerseits, inwieweit die Verletzung ziviler und politischer Rechte zu einem integralen Bestandteil der Vielfachkrise im Sahel geworden sei. Andererseits, worin etwaige Gegenstrategien bestehen könnten, unter anderem durch Intensivierung des zivilgesellschaftlichen Austausches innerhalb des Sahel. Als Referent:innen waren **ABDOULAYE DIALLO** (Burkina Faso), **HAMANE TOURÉ** (Mali), von dem allerdings nur ein Vortragsmanuskript vorlag, **ANGES ALLAH-ISSEM** (Tschad), **AMADOU M'BOW** (Mauretanien) und **MOUSSA TCHANGARI** (Niger) eingeladen.*

**ABDOULAYE DIALLO** verwies zunächst darauf, dass in Burkina Faso die Regierung gerade noch die Hälfte des Landes kontrolliere. Allein deshalb seien beträchtliche Teile der Bevölkerung ihrer grundlegenden Rechte beraubt. Zudem sei in jüngerer Zeit die Gefahr eines ethnisch aufgeladenen Krieges größer geworden, da bestimmte Teile der Bevölkerung für das Versagen des Staates verantwortlich gemacht werden sollten [zur Erinnerung sei angemerkt, dass zum Zeitpunkt der Fokus Sahel-Tagung der aktuelle Präsident Ibrahim Traoré noch nicht im Amt war]. Grundsätzlich gelte, dass unter den aktuellen Bedingungen viele Regionen des Landes für Außenstehende kaum noch betretbar seien. Problematisch sei auch, dass eine im Juni 2019 verabschiedete Gesetzesverschärfung die Berichterstattung über Sicherheitsfragen behindere, im Wechselspiel mit Internetsperren, Demons-

trationsverboten und Verhaftungen von Aktivist:innen. Das von Abdoulaye Diallo koordinierte *Centre National de Presse Norbert Zongo* geht gegen einige dieser Einschränkungen politisch und juristisch vor, nicht aber ohne internationale Unterstützung einzufordern, wozu auch gehöre, so das Plädoyer, dass Länder wie Deutschland ihre Nibelungentreue zur ehemaligen Kolonialmacht Frankreich aufkündigen und endlich beginnen müssten, die von den Ländern des Sahel selbst entwickelten Lösungen zu unterstützen (der Referent verwendete hier den Begriff der Souveränität).

**HAMANE TOURÉ** von Amnesty International Mali konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen, aber in seinem schriftlich vorliegenden Beitrag zeigte er sich mit ähnlichen Argumenten wie Abdoulaye Diallo besorgt über die aktuellen Entwicklungen in Mali. Unter anderem hat er auf die jüngsten Berichte verwiesen, die der Senegalese Alioune Tine im Auftrag des UN-Menschenrechtsrats zu Mali verfasst hat.<sup>12</sup>

Als dritter Redner sprach der Journalist **ANGES ALLAH-ISSEM** über die aktuelle Lage im Tschad. Die Internetverbindung war zwischenzeitlich sehr schlecht, was **DELPHINE DJIRAIBE** auch als politisches Problem kritisierte – und doch sind die Hauptbotschaften angekommen: Der von Anges Allah-Issem mitbetriebene Radiosender FM Liberté Tschad wird von 2 Mio. Menschen in einem Umkreis von 150 Kilometern rund um die Hauptstadt N'Djamena gehört und sieht sich ständiger Repression und Behinderung ausgesetzt. Derzeit sei vor allem dramatisch, dass der nach dem Tod von Idriss Déby begonnene Transitionsprozess offenkundig gescheitert sei. Demonstrationen seien fast gänzlich verboten, Inhaftierte würden in weit entfernten Haftanstalten untergebracht. Zudem hätten sich die Konflikte zwischen Viehhirten und Ackerbauern abermals zugespitzt, was gleichzeitig die allgemeine Revolte anfeuerte, da Viehhirten im Tschad – anders als im übrigen Sahel – vom Regime explizit unterstützt würden (schlicht deshalb, weil die Elite selber stark in die Viehwirtschaft involviert sei).

Im Anschluss sprach **AMADOU M'BOW** aus Mauretanien, Vorsitzender der *Association Mauritanienne des Droits de l'Homme* [Mauretanischen Vereinigung für Menschenrechte]. Er begann mit der beklemmend

12 Vgl. <https://www.ohchr.org/en/special-procedures/ie-mali>



anmutenden Feststellung, dass die Menschen in Mauretanien bereits seit 1978 unter einem – mittlerweile zivil gewendeten – Militärregime leben müssten. Immer wieder sei es zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen gekommen, unter anderem 1989, als im Zuge eines Grenzkonflikts zwischen Mauretanien und Senegal (der seinen Ausgang von einem ethnisch aufgeladenen Streit um Weiderechte genommen habe) mehr als 160.000 Mauretanier:innen aus Senegal vertrieben worden seien. In jüngerer Zeit wäre es unter dem Vorwand des Antiterrorkampfes zu etlichen Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit gekommen: Betroffen seien diverse Akteure, unter anderem NGOs und Gewerkschaften, Medien (da den tendenziell kritischeren Zeitungen die öffentliche Förderung entzogen werden solle) und Demonstrationen, die weitgehend untersagt worden seien – ursprünglich begründet als Anti-COVID-Schutzmaßnahme. Als Gegenstrategie schlug Amadou M'Bow eine starke zivilgesellschaftliche Vernetzung vor, insbesondere innerhalb des westafrikanischen Raumes. Zudem forderte er Fokus Sahel auf, auch mal im Sahel eine Konferenz auszurichten, gleichsam als politische Botschaft an die verantwortlichen Regierungen dort.

Den Abschluss machte **MOUSSA TCHANGARI**, der am Vortag bereits einen der Eröffnungsvorträge gehalten hatte. Auch er meinte, dass die Regierungen die Sicherheitskrise instrumentalisieren würden, um demokratische Grundrechte abzubauen. Denn Regierungen und bewaffnete Gruppen im Sahel seien sich, so Moussa Tschangaris pointierte Volte, in ihrer Ablehnung der Demokratie einig. Als Gewährsperson zitierte er den kamerunischen Historiker und Phi-

losophen Achille Mbembe, der sich in seinem Buch "Politik der Feindschaft" kritisch mit den Folgen des ständigen Ausnahmezustandes beschäftigt. Ähnlich wie Abdoulaye Diallo und Amadou M'Bow listete auch Moussa Tchangari diverse Gesetzesverschärfungen auf. Und er teilte die von anderen Referent:innen geäußerte Sorge, dass die häufig in der Viehwirtschaft tätigen Fulbe bzw. Peul zu Sündenböcken abgestempelt und ethnisch verfolgt werden könnten. Darüber hinaus merkte er kritisch an, dass auch in Mali das Meinungsklima immer enger würde, aber weniger aufgrund repressiver staatlicher Maßnahmen, sondern schlicht deshalb, weil die Bevölkerung das restriktive Vorgehen der Behörden mehrheitlich unterstützen würde. Als Antwort müssten laut Moussa Tchangari die Menschen offensiv ermutigt werden, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen. Und auch unterstützte er die Forderung Amadou M'Bows, sich grenzüberschreitend im Sahel zu organisieren. Denn trotz der Tiefe der Krise seien die Stimmen der breiten Bevölkerungsmehrheit bislang nicht hinreichend gehört worden. Gleichzeitig müsse es darum gehen, ein antisystemisches Projekt der Veränderung anzubieten – noch sei es nicht zu spät.

In der abschließenden Debatte herrschte im Grundsatz Einigkeit. Mehrere Teilnehmer:innen unterstrichen die Notwendigkeit, sich für die Freiheit der Presse einzusetzen. Zudem müsse die Bevölkerung umfassend informiert werden, auch in lokalen Sprachen. Und europäische Länder müssten sicherstellen, dass potentiell gefährdete Oppositionelle bei Gefahr in Verzug jederzeit ihr Land verlassen könnten, ohne aufreibende Visaverfahren. ●



Workshop IV. Foto: Djif Djimeli

## 05

## ÖFFENTLICHE ABEND- VERANSTALTUNG

### Deutschland (weiterhin) in den Fußstapfen von Frankreich? – Über die Notwendigkeit einer eigenständigen Sahel-Politik“

Wie schon 2019 fand auch 2022 im Rahmen der Tagung eine öffentliche Abendveranstaltung statt, dieses Mal von **CHRISTIANE KAYSER** moderiert. Ziel war es, einen direkten Dialog zwischen den Teilnehmer:innen der Tagung einerseits und der deutschen Politik sowie der deutschen Öffentlichkeit andererseits zu ermöglichen. Seitens der Politik war **CHRISTOPH RETZLAFF** als Podiumsgast anwesend – der Beauftragte des Auswärtigen Amtes für Subsahara-Afrika und den Sahel (zum Zeitpunkt der Veranstaltung lautete seine Funktion noch "Sonderbeauftragter des Auswärtigen Amtes für die Sahelregion"). Natürlich hätte es Fokus Sahel begrüßt, wenn sich noch weitere Politiker:innen eingefunden und ggf. mitdiskutiert hätten, aber mit Christoph Retzlaff, der 2016 bis 2021 als Botschafter in Ghana fungierte, konnte ein Vertreter der Bundesregierung gewonnen werden, der in jedweder Hinsicht berufen war, zur deutschen Sahelpolitik inhaltlich Stellung zu beziehen. Neben Christoph Retzlaff saß mit **HELMUT ASCHE** noch ein weiterer Gast aus Deutschland auf dem Podium. Helmut Asche hat 12 Jahre als Regierungsberater in Burkina Faso, Kenia und Ruanda gearbeitet, er hat als Professor in Leipzig und Mainz gelehrt und er gehörte 2019 zu den Mitbegründer:innen des Sahel-Ausschusses der Vereinigung der Afrikanwissenschaften in Deutschland (VAD). Demgegenüber blieben drei weitere Stühle frei, sie waren für das Publikum reserviert, insbesondere für die **TAGUNGSTEILNEHMER:INNEN AUS DEM SAHEL**: Wer etwas sagen wollte, konnte zu einem selbstgewählten Zeitpunkt auf dem Podium Platz nehmen, das Wort ergreifen und wieder zurück ins Publikum gehen. Dieses Fishbowl-Prinzip hat sich – passend zum Ta-

gungsthema – als niedrigschwelliges und somit basisdemokratisches Verfahren erwiesen, zumal sich auch digital zugeschaltete Teilnehmer:innen aus dem Sahel per Chat-Nachricht beteiligen konnten. Einziger Wermutstropfen war die Kameraeinstellung: Da die beiden festen Gäste und die Moderatorin nebeneinandersaßen, sah es für digitale Teilnehmer:innen am Bildschirm mitunter so aus, als ob ein europäisch-weißes Triumvirat (so der launische Kommentar einer Beobachterin) über den Sahel diskutiert hätte. Doch wer vor Ort gewesen ist, konnte auch visuell miterleben, wie Christoph Retzlaff als Regierungsvertreter von zahlreichen Teilnehmer:innen aus dem Sahel mit kritischen Fragen konfrontiert wurde. Und das wiederum mit dem bemerkenswerten Effekt, dass sich über fünf lange Runden ein ernsthaftes, facettenreiches und respektvolles Gespräch entwickelt hat, das im Rahmen dieser Dokumentation vor allem deshalb ausführlich wiedergegeben werden soll, um einen (weiteren) gemeinsamen Referenzpunkt für zukünftige Sahel-Gespräche zwischen Vertreter:innen der Zivilgesellschaft und der deutschen Politik zu schaffen.

**CHRISTIANE KAYSER** eröffnete die Abendveranstaltung mit der Feststellung, dass es im Sahel nicht um kleine Reparaturen ginge. Und auch würde es in die Irre führen, angesichts der aktuellen Probleme eine Rückkehr des im Kolonialismus entstandenen Zentralstaates zu fordern. Denn dieser sei – das habe die Tagung unmissverständlich gezeigt – Teil des Problems, nicht Teil der Lösung. Entsprechend gelte es, einen Neustart politischer Institutionen im Sahel primär aus der Perspektive lokaler Gemeinschaften anzugehen, so wie das Ousmane Sy in seinem Einleitungsvortrag mit Verweis auf die dezentrale Logik vorkolonialer Reiche erläutert habe. Gleichzeitig sei es unumgänglich, einen Bruch mit jener durch Frankreich verkörperten Sahelpolitik zu vollziehen, die bereits seit jeher zentralstaatliches Regierungshandeln im Sahel stärke, vor allem dort, wo es französischen oder westlichen Interessen diene. Was das konkret bedeute – auch für andere Bereiche wie den der Entwicklungszusammenarbeit – solle, so Christiane Kayser, Gegenstand der öffentlichen Abendveranstaltung sein.

**IN DER ERSTEN RUNDE** präsentierten drei Vertreter:innen der Tagungsteilnehmer:innen aus dem Sahel grundlegende Einschätzungen und For-



derungen: **MARÉ MOLLE HATO** (Burkina Faso) kritisierte, dass entwicklungspolitische Maßnahmen meist in Europa konzipiert würden, nicht aber zusammen mit der jeweiligen lokalen Bevölkerung. Zugleich mangle es an Unterstützung für die Zivilgesellschaft, die aber erforderlich sei, um sich stärker in die Auseinandersetzungen um Demokratie und Frieden einbringen zu können. **OUSMANE MAIGA** (Mali) merkte an, dass schlechte Regierungsführung häufig durch internationale Partner gedeckt oder gefördert würde. Es gelte daher, entwicklungspolitische Maßnahmen an die Einhaltung demokratischer und menschenrechtlicher Standards zu koppeln. **DELPHINE DJIRAIBE** (Tschad) hob hervor, dass Deutschland einen guten Ruf im Sahel genieße, diesem aber auch gerecht werden müsste, etwa wenn es – wie im Tschad – zu Menschenrechtsverletzungen, massenhaften Festnahmen oder willkürlichen Tötungen käme. Insgesamt müsste die Zivilgesellschaft ungleich stärker berücksichtigt werden, vor allem Frauenorganisationen verdienten mehr Aufmerksamkeit. **GRIT LENZ** – Koordinatorin von Fokus Sahel – fragte schließlich, wie die Bundesregierung mit dem Umstand umzugehen gedenke, dass viele Regierungen als bloße Fassadendemokratien wahrgenommen

würden. **CHRISTOPH RETZLAFF** schickte zunächst einmal vorweg, dass er den Sahel 1990 wochenlang als Tourist im eigenen Auto durchquert habe. So etwas wäre heute nicht mehr vorstellbar, was das Ausmaß der Veränderung verdeutliche. Konkret stimmte er zu, dass die Entwicklungszusammenarbeit nicht immer den gewünschten Erfolg erbracht habe, gleichzeitig formulierte er die These, dass ohne westliche Unterstützung die Islamisten womöglich längst die Macht erobert hätten. Des Weiteren hätte die Bundesregierung durchaus verstanden, weshalb im Sahel von dysfunktionalen Fassadendemokratien die Rede wäre. Und doch würde die Forderung nach einer möglichst raschen Rückkehr zu stabilen Verhältnissen bestehen bleiben, einfach deshalb, weil ansonsten der "Hurricane der Krisen" – so seine Worte – nicht bewältigbar sei.

**FAZIT DER ERSTEN RUNDE:** Die Einschätzungen zur aktuellen Lage gingen nicht völlig auseinander, auch wenn die Frage nach einer stärkeren Unterstützung der Zivilgesellschaft fürs erste unbeantwortet blieb. Unplausibel schien jedoch die von Christoph Retzlaff erhobene Forderung nach einer raschen Rückkehr zu stabilen Verhältnissen zu sein. Das klang wie die Anrufung des klassischen Zentralstaates, also jener



Institution, vor der **CHRISTIANE KAYSER** in der Anmoderation – unter Verweis auf den Tagungsverlauf – explizit gewarnt hatte.

Die **ZWEITE RUNDE** sollte sich als ein kurzer, aber höflicher Schlagabtausch zwischen **HELMUT ASCHE** und **CHRISTOPH RETZLAFF** erweisen. Helmut Asche beschwor zunächst die Dramatik der Situation und verband dies mit der These, dass westliche Länder besagte Dramatik noch nicht hinreichend verstanden hätten, ablesbar unter anderem an der Dominanz militärischer Vorgehensweisen. Das Militärische sei aber genauso krachend gescheitert wie das Entwicklungspolitische – es verbiete sich daher, von "bewährten" militärischen oder entwicklungspolitischen Ansätzen zu sprechen, wie es aus der Politik häufig zu hören sei. Nicht weniger falsch sei es, in Ländern wie Mali oder Burkina Faso eine Rückkehr des Staates zu fordern. Denn die Menschen wollten eine solche Rückkehr nicht, sie forderten vielmehr eine Neugründung des Staates. Das Drängen auf einen möglichst frühen Wahltermin oder das Gutheißen der ECOWAS-Sanktionen – beides in Frankreich gang und gäbe – würde daher in die Irre führen. Die von Helmut Asche skizzierte Dramatik wurde sodann von einem digital zugeschalteten **TEILNEHMER AUS DER REGION DIFFA** im Osten des Niger bekräftigt. Er meinte, dass Frankreich Verhandlungen mit Terroristen blockieren würde, während die Bevölkerung von terroristischen Gruppen und einem nicht funktionierenden Staat umzingelt sei. Verhandlungen seien also unverzichtbar und Deutschland müsse sich dafür als einer der wenigen westlichen Länder stark machen, die in der Region überhaupt noch Glaubwürdigkeit genießen würden. **CHRISTOPH RETZLAFF** versicherte seinerseits, dass er nichts beschönigen wolle – das sei auch nicht seine Aufgabe. Zu berücksichtigen sei freilich, dass Kanzler Scholz und Außenministerin Baerbock bei ihren ersten Afrikareisen keineswegs zufällig jeweils auch im Sahel gewesen seien. Er unterstrich außerdem, dass Deutschlands Priorität mitnichten auf dem Militärischen liege. In der Sahel-Allianz etwa mache sich Deutschland vor allem für die zivilen Säulen stark. In diesem Zusammenhang meinte er auch, dass sich Außenministerin Baerbock in Mali und Niger ungefähr die Hälfte der Zeit mit Vertreter:innen der Zivilgesellschaft getroffen habe. Hinsichtlich Frankreichs Fehlern im Sahel hielt sich Christoph Retzlaff diplomatisch

zurück, meinte aber, dass Russland antifranzösische Ressentiments gezielt schüren würde, eine Feststellung, die am Ende der Veranstaltung noch für Zunder sorgen sollte.

**FAZIT DER ZWEITEN RUNDE:** Der Ernst der Lage schien allen Diskutant:innen gleichermaßen klar zu sein, aber Christoph Retzlaff schonte Frankreich spürbar und skandalisierte stattdessen Russlands Gebaren. Zudem blieb der Widerspruch aus der ersten Runde unaufgelöst, wonach aus Sicht der Bundesregierung eine schnelle Rückkehr zur stabilen Ordnung angezeigt sei, obwohl doch bekannt ist, dass solche Prozesse (inklusive Wahlen) Zeit brauchen, wenn sie mit einer wirklichen Erneuerung der staatlichen Institutionen einhergehen sollen.

Die **DRITTE RUNDE** eröffnete **AZIZOU CHEHOU** (Niger): Er erläuterte – Stichwort: Ernst der Lage –, was die Sicherheitskrise für die Bevölkerung tatsächlich bedeute – nämlich Ernährungskrise, fehlender Zugang zu Bildung und Trinkwasser etc. Und das wiederum verband er mit einer Kritik an der restriktiven EU-Migrationspolitik in Afrika, während umgekehrt – dankenswerterweise, wie er betonte – Geflüchtete aus der Ukraine mit offenen Armen empfangen würden. All dies sei fatal, auch deshalb, weil es dazu führe, dass sich am Ende die Jugend auf allen Seiten des Konfliktes wiederfinden würde, auch in terroristischen Gruppierungen. **ODILE WONI** (Deutschland/Burkina Faso) stellte sodann die Frage, wie Deutschland die Entstehung einer demokratischen Kultur im Sahel fördern wolle, und vor allem, ob Deutschland wirklich bereit sei, den Menschen im Sahel zuzuhören. Letzteres fragte sich auch **UTA BRACKEN** von Brot für die Welt. Denn die Forderung nach Dezentralisierung sei bereits alt und verdeutliche, dass Deutschland endlich beginnen müsse, lokal entstandene Initiativen zu fördern, anstatt eigene Ideen zu propagieren. **HELMUT ASCHE** nahm den Ball auf, denn der Kontakt zu ländlichen Regionen sei noch lange nicht etabliert, auch wenn sich Außenministerin Baerbock in diese Richtung offen gezeigt habe. Zur Illustration bezog er sich auf die in Workshop III vorgestellten Friedenskomitees im Norden Burkina Fasos, die zwar das Zeug hätten, lokale Friedensverhandlungen zu begleiten, allerdings nur, wenn solche Verhandlungen nicht von internationaler Seite – unter Führung Frankreichs – torpediert würden [ergänzend sei hinzugefügt, dass durch den

neuerlichen Putsch im September 2022 der diesbezügliche Einfluss von Frankreich in Burkina Faso deutlich gesunken sein dürfte]. **CHRISTOPH RETZLAFF** stimmte Azizou Chehou zu, dass die Jugend nicht aus den Augen verloren werden dürfe, auch jene Kinder und Jugendliche, die seit 2012 von Schulschließungen betroffen seien. Was Verhandlungen mit Terroristen betreffe, dürfe es keine Denkverbote geben, doch das sei nur seine persönliche Meinung, nicht die des Auswärtigen Amtes. Gleichzeitig warnte er davor, aus einer Position der Schwäche mit Terroristen zu verhandeln. Denn diese würden gezielt traditionelle Streitschlichtungsmechanismen zerstören, um sich sodann als Garanten einer neuen, einzig von ihnen definierten Ordnung zu gerieren. Zudem griff er die noch offene Frage der verschobenen Wahlen auf. Konkret sagte er, dass Deutschland ganz bewusst darauf verzichtet habe, durch die Nennung eines Zeitpunktes für die noch ausstehenden Wahlen Druck auf die malische Übergangsregierung auszuüben. Es sei lediglich darum gegangen, für Wahlen zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt zu werben – eine Aussage, die indes im weiteren Verlauf als schönfärberisch hinterfragt werden sollte.

**FAZIT DER DRITTEN RUNDE:** Viele Fragen sind angerissen, doch bislang hat sich Christoph Retzlaff als Vertreter der Bundesregierung weder zur Migrations- und Entwicklungsfrage noch zum zukünftigen Zuschnitt der deutschen Sahelpolitik geäußert, unter anderem, was das Verhältnis zu Frankreich betrifft. Zudem ist – wie schon angedeutet – die Frage nach den Wahlen in Mali und somit Deutschlands Haltung zu den ECOWAS-Sanktionen weiterhin ungeklärt bzw. strittig geblieben.

Die **VIERTE RUNDE** begann mit mehreren pointierten Fragen von **ALASSANE DICKO** (Mali), unter anderem danach, ob der Bundesregierung bewusst sei, woher im Sahel die starke Unterstützung für Russland rühre. Danach kam **BALA SANOU** (Burkina Faso) auf die schon mehrfach angeschnittene Problematik zurück, wie Deutschland seine Entwicklungszusammenarbeit so umgestalten wolle, dass zukünftig das Heft des Handelns tatsächlich in den Händen lokaler Akteure liege. Und hierzu wiederum passte, dass **NÉNÉ DIALLO** (Mali) einmal mehr in Erinnerung rief, dass es in Mali eine lange vorkoloniale Tradition hinsichtlich demokratischer Selbstverwaltung gäbe und dass dies dringend zu berücksichtigen sei, gerade

bei der Entwicklungszusammenarbeit. Als nächste Diskutantin ergriff **FRANZA DRECHSEL** von der Rosa-Luxemburg-Stiftung das Wort. Sie meinte, dass das ständige Reden von einem frühestmöglichen Wahltermin durchaus Druck auf Mali ausgeübt habe. Stattdessen wäre es ungleich smarter gewesen, mit der Übergangsregierung in aller Ruhe über eine Art Roadmap hin zu einer neuen institutionellen Ordnung zu sprechen. Zudem bezeichnete sie es als eklatanten Widerspruch, dass Außenministerin Baerbock die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zwar zur Priorität erklärt hätte, nicht aber bereit gewesen wäre, die von der gesamten Zivilgesellschaft unisono kritisierten ECOWAS-Sanktionen gegenüber Mali in Frage zu stellen. Diesen Einschätzungen widersprach **CHRISTOPH RETZLAFF** entschieden: Die Sanktionen seien von der ECOWAS verhängt worden, nicht von der EU, entsprechend gehöre es sich, der zuständigen Regionalorganisation das letzte Wort zu überlassen. Zudem müsse zur Kenntnis genommen werden, dass die malische Regierung keinerlei Interesse gezeigt hätte, die von Deutschland angebotenen Vermittlungsbemühungen zu nutzen. Was Russland betreffe, blieb Christoph Retzlaff der bereits eingeschlagenen Linie treu, wonach aus Sicht der Bundesregierung die starke Orientierung Malis an Russland ein strategischer Fehler sei. Denn Russland hätte lediglich Waffen zu bieten, entsprechend drohe eine ähnliche Verschärfung der Lage wie in der Zentralafrikanischen Republik.

**FAZIT DER VIERTEN RUNDE:** Die Debatte hat spürbar an Schärfe zugenommen, was vor allem mit der Rolle Russlands im Sahel zusammenhing. Hierzu hat Christoph Retzlaff in erster Linie die Haltung der Bundesregierung erläutert, ohne jedoch zu der im Raum stehenden These Stellung zu beziehen, wonach die Hinwendung zu Russland viel mit der westlichen Sahel-Politik seit Anfang der 1990er Jahre zu tun habe. Und auch die Frage einer stärker an lokalen Prioritäten orientierten Entwicklungszusammenarbeit blieb einmal mehr unbeantwortet.

In der **FÜNFTEN RUNDE** spann **AUGUSTIN CISSÉ** (Mali) den Faden der Russlanddebatte weiter. Er rief mit Nachdruck in Erinnerung, dass in Mali die Kritik an Barkhane und MINUSMA schon seit 2014 gären würde, also lange bevor Russland überhaupt auf den Plan getreten sei. Eine gute Kooperation – in diesem Fall mit Deutschland – setze daher voraus,

den Malier:innen nicht die Reife abzusprechen, selbst über die Geschicke ihres Landes urteilen zu können. Kommentare mit ähnlichem Tenor wurden auch von **DIGITAL ZUGESCHALTETEN TEILNEHMER:INNEN IN BAMAKO** geäußert. Empört hieß es, dass Europa die Menschen im Sahel endlich als denkende Wesen anerkennen müsste, als Staatsbürger:innen, die durchaus in der Lage seien, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden. **AMADOU M'BOW** (Mauretanien) teilte diese Kritik, führte allerdings ein etwas anders gelagertes Argument in die Debatte ein: Er bemängelte, dass sich die deutsche Bundesregierung sowie die EU bei den Sanktionen gegenüber Mali auf die Eigenständigkeit der ECOWAS berufen würden, dass dieses Ethos im Bereich von Flucht und Migration aber nicht zum Tragen käme. Denn dort untergrabe die EU durch ihre restriktive Migrationspolitik das von der ECOWAS bereits 1979 verabschiedete Freizügigkeitsabkommen in der ECOWAS-Zone – mit der Konsequenz, dass mittlerweile die Reisefreiheit zwischen einzelnen Mitgliedsländern der ECOWAS nicht nur für potentielle Migrant:innen, sondern auch für (Klein-)Händler:innen, Wanderarbeiter:innen und viele andere empfindlich erschwert worden sei.

Ungeachtet dessen hielten andere Teilnehmer:innen an ihrer Russland-Kritik fest, etwa **EVA NEUHAUS** vom Verband der Afrikawissenschaften in Deutschland, die auf die lange koloniale Geschichte Russlands verwies und dies mit der Einschätzung verband, dass es ein Fehler der Sahel-Länder wäre, sich aus der Abhängigkeit Frankreichs in neue Abhängigkeiten zu begeben. Auch **HELMUT ASCHE** stimmte der russlandkritischen Haltung von **CHRISTOPH RETZLAFF** explizit zu, freilich mit dem Zusatz, dass die Hinwendung zu Russland nur auf der Folie der kapitalen Fehler Frankreichs bzw. aller westlichen Länder im Sahel zu verstehen sei. Doch in einem Punkt widersprach er Christoph Retzlaff vehement: Die zwischen Januar und Juli 2022 gegen Mali verhängten Wirtschaftssanktionen, die schärfer als alle bisherigen Russland-Sanktionen gewesen seien, gingen nicht nur auf die ECOWAS zurück, sondern maßgeblich auch auf die Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion [Union économique et monétaire ouest-africaine, abgekürzt UEMOA], und dort wiederum könne aufgrund der CFA-Währung keine Entscheidung ohne Frankreichs Zustimmung getroffen werden. Zur Entwicklungszusammenarbeit, die im Laufe der

Veranstaltung etwas in den Hintergrund gerückt war, hob er einmal mehr hervor, dass diese von lokalen Dynamiken ausgehen müsse. Denn weiterhin partizipiere die lokale Bevölkerung an "unseren" in Europa ersonnenen Projekten, nicht aber "wir" an "ihren" Initiativen – und diese Unkultur des Nicht-Zuhören-Könnens müsste endlich beendet werden. Das Schlusswort fiel Christoph Retzlaff zu: Auf noch offene Fragen wie die EU-Migrationspolitik oder neue Formen der Entwicklungszusammenarbeit ging er nicht mehr ein, gleichzeitig warnte er bezüglich Russlands abermals, dass all jenen Stimmen zu misstrauen sei, die schnelle und einfache Lösungen in Aussicht stellten. Es bedürfe vielmehr eines langen Atems und diesen hätte die Bundesregierung, das sei auch eine der Botschaften bei den jüngsten Besuchen von Bundeskanzler Scholz und Außenministerin Baerbock gewesen.

**FAZIT DER FÜNFTEN RUNDE** bzw. der Debatte insgesamt: Auffällig war, dass die Differenzen weniger in den Problembeschreibungen als in den Schlussfolgerungen lagen. Ein Umstand, der vor allem Ausdruck davon sein dürfte, dass westliche Länder – allen voran Frankreich – eigene wirtschaftliche, politische und migrationsbezogene Interessen im Sahel verfolgen. In diesem Zusammenhang drängte sich immer wieder der Eindruck auf – vor allem dort, wo Christoph Retzlaff kein kritisches Wort an europäischen Vorgehensweisen im Sahel verlor –, dass die Bundesregierung die fatalen Effekte, ja Kollateralschäden ihrer eigenen, auch im Sahel wirksam werdenden Politiken sträflich unterschätzt. Die restriktive EU-Migrationspolitik dürfte nur das bekannteste Beispiel sein – andere, ebenfalls auf der Tagung zitierte Negativerfahrungen haben mit der Klimapolitik westlicher Länder, mit Rohstofffragen oder mit den langfristigen Auswirkungen der IWF-Strukturanpassungsprogramme in den 1980er und 1990er Jahren zu tun. Denn hätte es die damit verbundenen Enttäuschungen und Desillusionierungen in den letzten Jahrzehnten nicht gegeben, dürfte sich heute die politische Lage im Sahel völlig anders darstellen. Gleichwohl war es wichtig, dass Christoph Retzlaff konzentriert zugehört und geantwortet hat, das wurde von vielen Teilnehmer:innen aus dem Sahel ausdrücklich bestätigt, auch im Vergleich zu ihren eigenen Regierungen, mit denen derartige Gespräche in aller Regel nicht zustande kämen. ●



## 06

## Empfehlungen der Tagung

*Ziel der Tagung war es, die Demokratie im Sahel einer grundlegenden Bestandsaufnahme zu unterziehen. Gleichwohl schwebte die Frage praktischer Veränderung über allem. Insofern sollen im Folgenden die wichtigsten Ergebnisse der Tagung zusammengefasst werden. Und hierzu gehören auch praktische Empfehlungen. Nur die wenigsten haben Praxisreife erlangt, aber das war auch gar nicht die Zielsetzung der Tagung. Vielmehr handelt es sich um eine unfertige Sammlung von Fragen, Ideen und Vorschlägen, mit denen zweierlei beabsichtigt ist: Einerseits einen Beitrag zu den im Sahel ohnehin permanent laufenden Transitionsdebatten zu leisten, andererseits die deutsche bzw. europäische Öffentlichkeit für diese Transitionsdebatten zu sensibilisieren. Denn bis heute klafft eine gewaltige Lücke zwischen den alltäglichen Empfindungen, Einschätzungen und Wünschen der Menschen im Sahel und dem, was hiervon in Europa bekannt wird – das hat die Debatte um Russland im Rahmen der Abendveranstaltung unmissverständlich gezeigt.*

### 6.1 Demokratie und Legitimität

Nicht nur in Workshop I, auch in den Vorträgen und allen sonstigen Gesprächen herrschte Einigkeit darüber, dass in den Ländern des Sahel nicht die Demokratie als solche zur Disposition stünde, sondern die westliche Spielart des repräsentativen Mehrparteiensystems, so wie es sich seit Anfang der 1990er Jahre schrittweise durchgesetzt hat. Entsprechend wurde von vielen ein neuer sozialer Vertrag zwischen Staat und Bevölkerung gefordert, im Kern ginge es darum, so der allgemeine Tenor, die Demokratie inklusiver und partizipativer zu gestalten:

- Die ländliche Bevölkerung ist gleichberechtigt in die staatlichen Prozesse von Meinungsbildung und Entscheidung einzubeziehen. Hierfür muss insbesondere die auf halber Strecke stecken gebliebene Dezentralisierung vollendet werden, was jedoch nur gelingen wird, wenn die zentralstaatlichen Instanzen wirklich bereit sind, politische und finanzielle Kompetenzen an lokale Entscheidungsträger:innen abzutreten. Die in den letzten Jahren häufig beklagte Abwesenheit des Staates ist also nicht durch eine sogenannte Rückkehr ["retour"] zentralstaatlicher Strukturen zu beheben, sondern nur durch eine Neugründung ["refondation"] des Staates in Gestalt dezentral verfasster Institutionen.
- Zur vollständigen Umsetzung der Dezentralisierung müssen auch Antworten auf die Frage gefunden werden, wie staatliche, aus Wahlen hervorgegangene Entscheidungsträger:innen und traditionelle und religiöse Führer:innen zusammenarbeiten können. Letztere genießen in der Bevölkerung weiterhin große Akzeptanz, deshalb bedarf es einer präzise bestimmten und möglichst gesetzlich bzw. konstitutionell fixierten Arbeitsteilung.
- Jenseits der ländlichen Bevölkerung müssen auch andere Bevölkerungsgruppen umfassender am demokratischen Prozess beteiligt werden, insbesondere junge Menschen und Frauen. Das ist nicht nur eine technische Frage, sondern setzt auch einen grundlegenden Kulturwandel voraus. Hinsichtlich der Jugend ist in Workshop II von der Notwendigkeit eines intergenerationellen Dialogs die Rede gewesen.
- Grundsätzlich muss gewährleistet sein, dass die Interessen der breiten – überwiegend armen – Masse der Bevölkerung angemessen repräsentiert werden. Konkret konnte keine Einigkeit darüber erzielt werden, ob dafür in erster Linie Parteien zuständig sein sollten oder auch andere Organe der Interessenvertretung, etwa Berufsverbände. Demgegenüber war unstrittig, dass Parteien endlich beginnen sollten, eigene, für die Bevölkerung unterscheidbare Programmatiken zu entwickeln. Die Reduzierung von Parteien auf bloße Beute-

gemeinschaften ist zu unterbinden. In diesem Zusammenhang ist auch die Parteienfinanzierung gesetzlich zu regeln.

- Auch die Rechenschaftspflicht von lokalen, regionalen und nationalen Abgeordneten muss gesetzlich geregelt und vor allem intensiviert werden. Viele Tagungsteilnehmer:innen haben die Option einer Abberufung, d.h. eines Amtsenthebungsverfahrens gefordert. Außerdem müssen die häufig überzogenen Privilegien von Abgeordneten bzw. Regierungsangehörigen deutlich beschnitten werden, auch hier bedarf es einer klaren Diätenregelung.
- Hinsichtlich der Mandate gilt es, die Frage der Amtszeiten von Präsidenten und Abgeordneten zu klären. Während bei Präsidentschaften ein breiter Konsens zugunsten einer Beschränkung auf zwei Amtszeiten bestand, blieb die Frage für Abgeordnete offen.
- Schließlich: Sämtliche Reformen sind zum Scheitern verurteilt – und das wurde in vielen Beiträgen betont –, wenn es nicht zu einer gesamtgesellschaftlichen Moralisierung der politischen und parlamentarischen Sphäre kommt: Korruption, Unterschlagung, Klientelismus, Laxheit etc. müssen endlich beendet werden. Hierfür ist es auch hilfreich, sich gemeinsam an jene "Held:innen" der Demokratie zu erinnern, die in sämtlichen Ländern des Sahel zu unterschiedlichen Zeitpunkten – manche bereits in vorkolonialer Zeit – wichtige Beiträge zur Durchsetzung demokratischer Verfahren geleistet haben, manche auch auf Kosten ihres Lebens.

## 6.2 Jugend und Partizipation

Auch die Frage der Jugend hat sich wie ein roter Faden durch die gesamte Tagung gezogen, und doch ist sie in erster Linie in Workshop II zur Sprache gekommen. Aufhänger war der hinlänglich bekannte Umstand, dass die Jugend zwar die große Mehrheit der Bevölkerung im Sahel stellt, bis heute aber nur sehr unzureichend an grundlegenden gesellschaft-

lichen Entscheidungsprozessen beteiligt ist. Entsprechend zielten die meisten Forderungen auf eine Veränderung dieses Missverhältnisses:

- Egal in welchem Kontext, es ist unerlässlich, die Diversität der Jugend mit ihren jeweils unterschiedlichen Potentialen, Bedarfen und Interessen wahrzunehmen. Zu unterscheiden sind nicht nur die städtische und ländliche Jugend, auch die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen von Mädchen und Jungen sind systematisch zu beachten, nicht zuletzt im Bildungsbereich.
- Konkret ist zu gewährleisten, dass die Entwicklung demokratischer und staatsbürgerlicher Kompetenzen innerhalb und außerhalb des Schulsystems gefördert wird, vor allem mit Blick darauf, dass junge Menschen möglichst frühzeitig mit Verantwortung zu bedenken sind, auch in Form von Mandaten, Ämtern und Leitungsfunktionen.
- Eine kaum zu überschätzende Rolle spielt die Friedensarbeit. Denn junge Menschen haben spezifische Möglichkeiten, Gleichaltrige von einer Rekrutierung durch bewaffnete Gruppen abzuhalten oder sie bei der Rückkehr in ein ziviles Leben zu unterstützen.
- In diesem Zusammenhang müssen auch alle erdenklichen Anstrengungen unternommen werden, Arbeitsplätze für junge Menschen zu schaffen.
- Ein kurzfristiges oder gar manipulatives Engagement von Jugendlichen in Wahlkämpfen ist zu unterlassen, vor allem ist zu vermeiden, dass Versprechen formuliert werden, die nach den Wahlen nicht im Geringsten berücksichtigt werden.
- Grundsätzlich ist sicherzustellen, dass die einzelnen Länder Strategien zur Einhaltung kinder- und jugendbezogener Gesetze oder internationaler Konventionen entwickeln und umsetzen. Im Jugendworkshop ist unter anderem die Resolution 2250 des UN-Sicherheitsrates mehrfach genannt worden.

### 6.3 Dezentralisierung, Partizipation und Demokratie im ländlichen Raum

Es wurde bereits erwähnt, dass die Dezentralisierung in nahezu allen Workshops, Vorträgen und Diskussionsrunden zur Sprache gekommen ist. Gleichzeitig ist immer wieder darauf hingewiesen worden, dass im Sahel der strukturelle Mangel an Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten Hand in Hand mit einem inhaltlichen Versagen der Demokratie ginge. Denn die Demokratie im Sahel habe es nicht geschafft, so der Tenor vieler Tagungsteilnehmer:innen, einen substanziellen Beitrag zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit zu leisten, was aber viele Menschen als grundlegende Aufgabe demokratischer Politik betrachten würden:

- Grundsätzlich ist eine gemeinsame Bewirtschaftung der kollektiven Ressourcen sicherzustellen, insbesondere von Land, Wasser, Holz und Fischgründen.
- Dabei sind historisch begründete Diskriminierungen zu unterlassen – etwa solche, die sich aus dem Umstand ergeben, dass einzelne Haushalte Nachfahren migrantischer oder ehemals versklavter Familien sind.
- Ebenfalls zu unterlassen sind Diskriminierungen (halb-)nomadisch lebender Viehhirtengemeinschaften, insbesondere bei der Nutzung von Weideflächen, Wasserstellen und Durchzugswegen.
- Lokale, in aller Regel von traditionellen und religiösen Persönlichkeiten getragene Konfliktklärungsmechanismen sind aufrechtzuerhalten oder zu revitalisieren – bei gleichzeitiger Integration neu entstandener Instrumente wie den Friedenskomitees im Norden Burkina Faso.
- Im Zuge der vollständig umzusetzenden Dezentralisierung ist eine faire Verteilung finanzieller und anderer staatlicher Ressourcen zugunsten der gesamten Bevölkerung sicherzustellen.
- Korruption, Unterschlagung etc. sind zu beenden, denn sie stellen eine ständige Umverteilung von unten nach oben dar (vgl. hierzu die in 6.1 auf-

geführte Forderung zur "Moralisierung der politischen und parlamentarischen Sphäre").

- Entwicklungspolitische Maßnahmen müssen ihren Ausgang von den Bedarfen der lokalen Bevölkerung nehmen, jeder externe (Projekt-)Paternalismus ist zu vermeiden.
- Weitere Maßnahmen wie Infrastrukturausbau, Förderung kleiner Industriebetriebe, Unterstützung kleinbäuerlicher Landwirtschaft etc. standen zwar als elementare Bestandteile guter Regierungsführung im Raum, wurden aber nicht näher diskutiert.

### 6.4 Menschenrechtsverletzungen und die Bedrohung medialer und zivilgesellschaftlicher Freiräume

Massive Menschenrechtsverletzungen und die Bedrohung medialer und zivilgesellschaftlicher Freiräume haben in verschiedenen Tagungsbeiträgen eine zentrale Rolle gespielt, ganz zentral in Workshop IV. Besonders verstörend waren die zahlreichen Berichte aus dem Tschad. Umso dramatischer ist, dass sich die dortige Lage seit der Tagung im Juni 2022 einmal mehr zugespitzt hat. Ebenfalls bemerkenswert war, dass die Kritik an Menschenrechtsverletzungen und schrumpfenden Freiräumen von nahezu allen Referent:innen geäußert wurde, also keineswegs Ausdruck einer vermeintlich pro-westlichen Gesinnung war, wie das in der polarisierten internationalen Debatte bisweilen den Anschein hat. Die wichtigsten, in aller Regel nicht umstrittenen Forderungen lauteten:

- Die Gewährleistung individueller und kollektiver politischer Rechte ist elementar, auch und gerade für das Gelingen der Transitionsprozesse.
- Ebenfalls von herausragender Bedeutung ist das Funktionieren freier Medien, und hierzu gehört auch die Möglichkeit, sich frei informieren zu können (ohne Blockade durch Sendeverbote, Internetsperren etc.).



- Überall, wo es zu Menschenrechtsverletzungen kommt, muss auch die internationale Öffentlichkeit reagieren. Potentiell bedrohte Oppositionelle müssen jederzeit ihre Länder verlassen können, ohne aufwändige Visa-Verfahren.
- Eine Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure im Sahel bzw. in Westafrika ist wünschenswert, sie soll – wo das möglich ist – durch Mitglieder von Fokus Sahel finanziell unterstützt werden.
- Zudem soll Fokus Sahel ähnliche Veranstaltungen wie in Berlin auch in einzelnen Sahelländern durchführen. Das wäre ein wichtiges Signal an die dortigen Regierungen.
- Die von der ECOWAS und UEMOA verhängten Sanktionen gegen Mali waren politisch und humanitär nicht gerechtfertigt. Zukünftig soll Deutschland bei solchen Fragen stärker das Gespräch mit den Menschen in Mali (oder in anderen Sahelländern) suchen und sich entsprechend positionieren. Insgesamt ist es erforderlich, dass die deutsche und europäische Politik mehr Offenheit und Interesse an echtem Austausch zeigt – Stichwort "zuzuhören-können-und-wollen". Ansonsten ist die viel zitierte Augenhöhe nicht möglich.
- Entwicklungszusammenarbeit sollte ihren Ausgang von lokalen Initiativen bzw. Bedarfsbestimmungen nehmen, zumindest ist jede Form der Überstülpung extern entwickelter Projekte zu unterlassen.

## 6.5 Zur Rolle Deutschlands im Sahel

Fokus Sahel ist ein Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen in Deutschland, die in den verschiedenen Sahelländern mit lokalen Partnern zusammenarbeiten. Es war insofern folgerichtig – und von Fokus Sahel erwünscht –, dass sich zahlreiche Forderungen ausdrücklich an die deutsche Bundesregierung – teils auch an die EU – gerichtet haben:

- Eine gute Zusammenarbeit ist ohne ehrliche und selbstkritische Bezugnahmen auf die Vergangenheit nicht möglich. Insbesondere muss das fatale Erbe von Sklaverei und Kolonialismus stärker in den Blick genommen werden. Und hierzu gehört auch, den Schmerz anzuerkennen, den viele im Sahel ob des in der Geschichte erlittenen Unrechts bis heute empfinden.
- Das vornehmlich von jungen Menschen artikulierte Bedürfnis nach voller staatlicher Souveränität – und somit Loslösung von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich – ist ernst zu nehmen und zu respektieren. Debatten wie die zur Kooperation mit Russland oder zu mutmaßlichen Menschenrechtsverletzungen im Anti-Terrorkampf dürfen nicht besserwisserisch und unter Ausblendung eigener historischer Verantwortlichkeiten geführt werden. Vor allem ist auf Doppelstandards zu verzichten.
- Dort, wo Regierungen Menschenrechte verletzen oder erkennbar gegen die Interessen der Bevölkerungsmehrheit vorgehen, sind Gelder aus der Entwicklungszusammenarbeit an die Einhaltung demokratischer und menschenrechtlicher Standards zu koppeln.
- Insgesamt ist festzuhalten, so das Fazit vieler Teilnehmer:innen aus dem Sahel, dass Deutschland seinem guten Ruf im Sahel nicht gerecht wird. Anstatt eigene Vorstellungen für einen Neuanfang im Sahel zu entwickeln, lässt Deutschland viel zu häufig Frankreich den Vortritt. Das soll sich ändern, allerdings nur in enger Zusammenarbeit mit Akteuren im Sahel.

## 6.6 Offene Fragen- und Problemstellungen

In Berlin wurden enorm viele Fragen diskutiert, das dürften die hier dokumentierten Empfehlungen deutlich machen. Umgekehrt sind aber auch viele Themen nicht zur Sprache gekommen. Einige von ihnen seien abschließend aufgelistet, auch als Anregung dafür, an welchen Frage- und Problemstellungen in den kommenden zwei Jahren gemeinsam weiter diskutiert werden könnte bzw. sollte:



Saal-Debatten. Foto: Djif Djimeli

- Die Tagung in Berlin war erklärtermaßen auf die Krise der Demokratie fokussiert. Dennoch sind weitere, ebenfalls mit der Krise der Demokratie eng verwobene Frage- bzw. Problemstellungen nicht weniger relevant. Beispielsweise die Sicherheitskrise, die im Zentrum der Frankfurter Tagung stand, oder die ökonomisch-soziale Krise, zu der auch die Krise des Pastoralismus gehört. Bei zukünftigen Veranstaltungen sollte also auch das Verhältnis der einzelnen Krisen zueinander empirisch in den Blick genommen werden, jenseits ihrer bloß additiven Aufzählung.
- Viele Referent:innen haben sich in Berlin besorgt darüber gezeigt, dass es im Rahmen der aktuellen Krise zu ethnisch motivierten Eskalationsdynamiken kommen könnte, auch im Kontext von latenten Spannungen zwischen Viehhirten-Gemeinschaften der Fulbe und anderen Bevölkerungsgruppen. Wie groß die Gefahr tatsächlich ist, wäre eigens zu diskutieren. Doch unstrittig scheint, dass die aktuelle Eskalationsdynamik nur gestoppt werden kann, wenn es mittels lokaler Dialog- und Friedensprozesse gelingt, den auf Spaltung zielenden Einfluss dschihadistischer und anderer terroristischer Gruppen zurückzudrängen.
- Hinsichtlich der drohenden ethnischen Gewalt- eskalationen haben sich einige Tagungsteilnehmer:innen auch die Frage gestellt, ob die Friedensfrage in Berlin hinreichend großen Raum bekommen hat – samt der damit korrespondierenden Anschlussfrage, inwiefern es mittlerweile in Bezug auf die gewalttätigen Auseinandersetzungen im Sahel eine Art Gewöhnungseffekt gibt, sodass letztere gar nicht mehr eigens zur Sprache kommen. Es ist daher sicherlich sinnvoll, bei weiteren Gesprächen zur Demokratiefrage immer auch die Frage aufzuwerfen, ob und wie sich die Stärkung basisdemokratischer Teilhabe gleichsam automatisch in konfliktpräventive bzw. konfliktreduzierende Friedensprozesse übersetzt – oder eben nicht.
- In Berlin herrschte große Einigkeit darüber, dass sämtliche Veränderungsinitiativen verpuffen, wenn es nicht zu der bereits mehrfach erwähnten "Moralisierung der politischen und parlamentarischen Sphäre" kommt. In diesem Sinne sollte in nächster Zeit auch der Frage nachgegangen werden, welche Schritte die Gesellschaften im Sahel gehen müssen, um eine solche Moralisierung zu erreichen und somit einen größeren sozialen Zusammenhalt (*cohésion sociale*) reinstallieren zu können. Auch deshalb dürfte von großer Bedeutung sein, dass die aktuellen Übergangsregierungen in Mali und Burkina Faso angekündigt haben, genau hier grundlegende Transformationen anstoßen zu wollen.<sup>13</sup>

<sup>13</sup> Für Furore hat ein Videoausschnitt aus einer Rede gesagt,



Transparent am Veranstaltungsort.

Foto: Djif Djimeli

- Die zuletzt genannte Frage ist auch mit Blick auf die Durchführung von Versöhnungsprozessen wichtig, die früher oder später unumgänglich sein werden. Denn seit 2012 ist es in Mali, Burkina Faso und Niger in großer Regelmäßigkeit zu derart schrecklichen Menschenrechtsverletzungen gekommen – und zwar häufig in einem mehr oder weniger lokalen Kontext –, dass es nicht möglich sein wird, ohne die Durchführung von Versöhnungsprozessen wieder friedlich zusammenleben oder zumindest koexistieren zu können. Auch diese Frage gilt es, in den Blick zu nehmen.
- Zu den in Berlin formulierten Empfehlungen gehört unter anderem (vgl. 6.1), dass traditionelle und religiöse Persönlichkeiten zukünftig wieder mehr Gewicht bekommen sollten, auch im Rahmen klassischer Konfliktklärungsmechanismen. Gleichwohl stellt sich die Frage, wie das konkret aussehen kann. Denn das Neben- und Übereinander unterschiedlicher Autoritäten bzw. Instanzen (mit jeweils eigenen Legitimitätsgraden) ist seinerzeit einer der wichtigsten Gründe dafür gewesen, dass es nicht gelungen ist, die Dezentralisierung vollständig umzusetzen. Umso aufschlussreicher wird es sein, wie diese Frage in Mali und Burkina Faso konkret gelöst werden soll.

in der Ibrahima Traoré im November 2022 hochrangigen Politiker:innen und Vertreter:innen der Zivilgesellschaft buchstäblich die Leviten gelesen hat:  
[https://www.youtube.com/watch?v=v\\_J\\_MmOZgE8](https://www.youtube.com/watch?v=v_J_MmOZgE8)

- In Berlin ist spätestens während der Abendveranstaltung unübersehbar geworden, wie stark einige der Einschätzungen zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren im Sahel und in Europa auseinandergehen, wenn es um die Rolle von Russland, die Kritik an Frankreich und die aktuellen Transitionsprozesse in Mali und Burkina Faso geht. Es war also – wie schon erwähnt – von allen Beteiligten äußerst umsichtig, während der Tagung nicht die offene Debatte zu suchen, hätte dies doch die eigentlichen Fragestellungen erheblich überlagert. Gleichwohl führt mittelfristig kein Weg daran vorbei, auch an diesem Punkt in offene – aber respektvoll und freundschaftlich geführte – Gespräche einzutreten. ●

## 07

### Feedback zur Tagung und “Wie weiter?”

Insgesamt sind die Rückmeldungen zur Tagung äußerst positiv aufgefallen, auch im Rahmen einer Feedback-Runde, die im September 2022 mit einigen jener Fokus-Sahel-Partner im Sahel stattgefunden hat, die sich an der Tagung ausschließlich digital beteiligt hatten. In diesem Zusammenhang wurde auch das hybride Format ausdrücklich gutgeheißen – schlicht deshalb, weil es eine ungleich stärkere Teilnahme von Akteur:innen im Sahel ermöglicht hat. Demgegenüber bezogen sich die tatsächlichen Kritikpunkte in erster Linie auf organisatorische und personelle Aspekte. Welche das waren, sei abschließend kurz skizziert – einerseits, weil auch praktisch ausgerichtete Reflexionen zur (nachbereitenden) Dokumentation einer Tagung gehören, andererseits, weil Fokus Sahel dafür plädieren möchte, in der Kooperation mit Akteuren im Sahel bzw. in Afrika noch stärker auf das Instrument hybrider Veranstaltungen zurückzugreifen, was allerdings kreative und inklusive Lösungen für



die noch nicht ausgereiften Aspekte dieses Formats erfordert. Konkret standen sieben Aspekte in der Kritik: *Erstens* die zu kurze Tagungsdauer von 1,5 Tagen, gemessen an dem organisatorischen Aufwand und den langen Anreisewegen für die Teilnehmer:innen aus dem Sahel; *zweitens* der zu knappe Planungsvorlauf mit einigen Partnern im Sahel, mit dem Effekt, dass weniger Leute digital teilgenommen haben, als Interesse gehabt hätten; *drittens* die nachteilhaften Partizipationsmöglichkeiten für digital zugeschaltete Teilnehmer:innen, im Vergleich zu denen, die vor Ort im Saal saßen; *viertens* die geringe Teilnahmebereitschaft unter Politiker:innen, Wissenschaftler:innen sowie Mitarbeiter:innen von Stiftungen und Thinktanks; *fünftens* der Mangel an Lobby-, Interview- und Veranstaltungsterminen für einige der angereisten Teilnehmer:innen aus dem Sahel, ob vor oder nach der Tagung; *sechstens* die zu hohe Quote derer, die kurzfristig von persönlicher auf digitale Teilnahme umgeschwenkt sind, sodass der persönlich-informelle Austausch während der Tagung dünner war als üblich; und *siebtens* diverse technische Schwierigkeiten, die sich aus dem hybriden Format mit Simultanverdolmetschung – inklusive mehreren Arbeitsgruppen-Räumen – ergeben haben.

Bei einer ersten Nachbesprechung im Steuerkreis von Fokus Sahel herrschte Einigkeit darüber, dass sämtliche dieser Kritikpunkte bei einer nächsten Fokus Sahel-Tagung berücksichtigt und nach Möglichkeit vermieden werden sollten. Erste Beschlüsse lauten, vom 10. bis 12. Juni 2024 zu einer 2,5-tägigen Tagung in ein verkehrstechnisch günstig gelegenes Tagungshaus am Rande von Berlin einzuladen – inklusive Übernachtungsmöglichkeiten vor Ort. Zudem sollen Hybridteilnahmen für Gäste aus Deutschland nur in Ausnahmefällen möglich sein. Gewollt ist, dass das Tagungsthema an die Themen- und Diskussionsstränge der bisherigen Tagungen anknüpft, und natürlich ist Fokus Sahel auch sehr an Themenvorschlägen aus dem Sahel interessiert. Zudem möchte Fokus Sahel alles versuchen, damit die Referent:innen der Frankfurter und Berliner Tagung auch 2024 dabei sein werden – ob persönlich oder digital. Für etwaige Tagungen im Sahel gibt es noch keine Entscheidungen, aber Fokus Sahel versteht die Notwendigkeit, auf die eine oder andere Weise sowohl Süd-Süd- als auch Nord-Süd-Veranstaltungen im Sahel selbst durchzuführen. ●

# 08

## Referent:innen und Moderator:innen

**ANGES ALLAH-ISSEM** (Tschad) ist Journalist und koordiniert seit 2013 das Programm beim Radiosender FM Liberté, er ist zudem Produzent der Sendung Choc des Idées [Schock der Ideen]. Zu seinen Schwerpunkten gehört konflikt- und gendersensibler Journalismus. Seit 2007 ist er Mitglied der christlich orientierten Association tchadienne pour la non-Violence [Tschadische Vereinigung für Gewaltlosigkeit].

**HELMUT ASCHE** (Deutschland) ist Diplom-Volkswirt und Diplom-Soziologe, er lehrte als Professor in Leipzig und Mainz. 2012 bis 2014 war er Gründungsdirektor des Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) in Bonn. Davor war er für die heutige GIZ rund 25 Jahre als Regierungsberater in Burkina Faso, Ruanda, Kenia und in der GIZ-Zentrale in Eschborn tätig.

**RAOUL BAGOPHA** (Deutschland) ist Germanist und Politikwissenschaftler, und arbeitet bei Misereor, wo er als Regionalreferent für Westafrika/Sahel tätig ist. Als Vertreter von Misereor ist er Mitglied im Steuerkreis von Fokus Sahel.

**MARIAM GENANNT GOGO BAMBERA** (Mali) hat einen Bachelor-Abschluss in Psychologie und ist Geschäftsführerin eines Vereins namens Koalition 2250, der sich mit der Resolution 2250 des UN-Sicherheitsrats befasst und sich für junge Menschen einsetzt, damit sie Konflikte verhindern und bewältigen können.

**OLAF BERNAU** (Deutschland) ist Soziologe und vertritt das transnationale Netzwerk Afrique-Europe-Interact im Steuerkreis von Fokus Sahel. Er hält sich regelmäßig im Sahel auf, insbesondere in Mali. 2022 ist im C.H.Beck-Verlag sein Buch Brennpunkt Westafrika. Die Fluchtursachen und was Europa tun sollte erschienen.

**AZIZOU CHEHOU** (Niger) ist Lehrer und promovierte in Erziehungswissenschaften/Pädagogische Psychologie. Er ist Gründer und Vorsitzender des Vereins Jeunesse Nigerienne au Service du

Développement Durable – kurz: JNSDD [Nigrische Jugend im Dienst der nachhaltigen Entwicklung], zudem ist er Koordinator des Alarme Phone Sahara mit Sitz in Agadez und Mitglied von Afrique-Europe-Interact.

**AUGUSTIN CISSÉ** (Mali) ist Jurist und Entwicklungssoziologe. Er arbeitet als Berater internationaler Organisationen, zudem ist er Gründungsmitglied und Generalsekretär der NGO Organisation pour la réflexion, la formation et l'éducation à la démocratie et au développement – kurz: ORFED [Organisation für Reflexion, Bildung und Erziehung zu Demokratie und Entwicklung]. Zu seinen Schwerpunkten gehören unter anderem Mehrparteien-demokratie und politische Partizipation.

**ABDOULAYE DIALLO** (Burkina Faso) ist Historiker, Radioproduzent und Filmregisseur. Seit 1998 arbeitet er als Koordinator des Centre National de Presse Norbert Zongo, dort ist er unter anderem für das Programm zur Förderung des Friedens in der Sahelzone verantwortlich. Er ist außerdem Gründungsmitglied und Berater der Bewegung Le Balai Citoyen [Bürgerbesen], die maßgeblich zum Sturz von Blaise Compaoré im Oktober 2014 beitrug.

**NÉNÉ DIALLO** (Mali) ist Finanzanalystin und stellvertretende nationale Koordinatorin der Bewegung Nouveau Type de Malien – kurz: NTM [Ein neuer Typus von Malier:innen]. Sie war zudem Generalsekretärin des Vereins Kaoural [Jugend aus der Region Mopti] und Teilnehmerin des Lehrgangs Génération A Venir [Kommende Generation] der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mali.

**ABDOURHAMANE DICKO** (Mali) hat in Mali und Deutschland studiert und ist Übersetzer für Französisch-Deutsch-Englisch. Er arbeitet seit 2001 bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, unter anderem als Programmdirektor. Zudem ist er für die Themen Geschlechtergerechtigkeit sowie politische Partizipation zuständig.

**ALASSANE DICKO** (Mali) ist Informatiker und musste 2005 als Kind eines malischen Vaters die Elfenbeinküste im Zuge des Bürgerkriegs verlassen. Nach einer Abschiebung aus Belgien arbeitete er bei der Association Malien des Expulsés – kurz: AME [Vereinigung der Abgeschobenen Malis] in Bamako. Heute ist er in Mali Pressesprecher des transnationalen Netzwerks Afrique-Europe-Interact, das er 2010 mitbegründet hat.

**DELPHINE DJIRAIBE** (Tschad) ist Menschenrechtsanwältin und hat 1991 die Association Tchadienne pour la Promotion et Défense des Droits de l'Homme [Tschadische Vereinigung für die Förderung und Verteidigung der Menschenrechte] mitbegründet. Zudem

setzt sie sich für die Rechte von Frauen und ländlichen Gemeinschaften ein, hierzu gehört auch ihre Tätigkeit im Public Interest Law Center (PILC), wo sogenannte "Para-Jurist:innen" ausgebildet werden, also Laien, die juristische Beratung für Menschen anbieten, die kaum oder keinen Zugang zum Justizwesen haben.

**SABINE ECKART** (Deutschland) ist Politikwissenschaftlerin und seit 1998 bei medico international tätig, wo sie in Kooperation mit Partnerorganisationen im Sahel (v.a. Mauretanien, Mali und Niger) den Arbeitsschwerpunkt „Flucht und Migration“ aufgebaut und weiterentwickelt hat. Vor ihrer Tätigkeit bei medico international war sie unter anderem in der Friedens- und Konfliktforschung, zu Globalem Lernen und in der Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteuren tätig.

**FLORETTA KAYALES** (Deutschland) ist Erziehungswissenschaftlerin mit der Vertiefung interkulturelle Kommunikation und Bildung. 2007 bis 2012 war sie in Mali als Fachkraft des Zivilen Friedensdienstes tätig, 2015/2016 in Madagaskar. Seit 2012 arbeitet sie bei Brot für die Welt im Referat West- und Zentralafrika, seit 2017 als Regionalreferentin für den Sahel.

**CHRISTIANE KAYSER** (Deutschland/Frankreich) Christiane Kayser arbeitet seit 1984 in verschiedenen Ländern West- und Zentralafrikas, unter anderem hat sie das in Goma angesiedelte Pole Institut mitbegründet. 2019 hat sie den Sahel-Ausschuss der Vereinigung der Afrikawissenschaften in Deutschland (VAD) mitaufgebaut, zudem ist sie Mitherausgeberin der Mapinduzi Journals und der Reihe Building Peace/Construire la Paix.

**MODIBO KEITA** (Deutschland/Mali) ist promovierter Sozialwissenschaftler – mit Schwerpunkt Psychopädagogik. Seit 1986 arbeitete er als selbständiger Berater in der Entwicklungszusammenarbeit mit den Schwerpunkten Ländliche Entwicklung, Dezentralisierung sowie Stärkung der Zivilgesellschaft. Er ist Gründungsmitglied des Netzwerks Réussir la Décentralisation [Dezentralisierung erfolgreich gestalten], das er 2000 bis 2014 koordiniert hat.

**LUDOVIC LADO** (Kamerun/Tschad) ist Jesuit und Anthropologe und leitet derzeit in der tschadischen Hauptstadt N'Djamena das Centre d'Etude et de Formation pour le Développement – kurz: CEFOD [Ausbildungs- und Studiumszentrum für Entwicklung]. Er hat in Kamerun, der Elfenbeinküste und den USA gelehrt und mehrere Bücher verfasst.

**GRIT LENZ** (Deutschland) ist seit 2016 Koordinatorin des zivilgesellschaftlichen Netzwerks Fokus Sahel. Als Ethnologin forschte

sie zu ökonomischen und sozio-kulturellen Anpassungsstrategien einer seminomadischen Gruppe im Nordosten des Tschads. Von 2012 bis 2016 arbeitete sie als Fachkraft des Zivilen Friedensdienstes in Kamerun, Schwerpunkte ihrer Arbeit waren die Förderung gesellschaftlicher Teilhabe Jugendlicher sowie die gewaltfreie Transformation von Konflikten.

**OUSMANE MAIGA** (Mali) ist Jurist und Geschäftsführer der Kanzlei Skills And Development und Mitarbeiter des globalen Teams des Right To Grow-Programms (Mehrländerprogramms), das sich mit der Einflussnahme von Bürger:innen auf die Politik in den Bereichen gesunde Ernährung und Wasser/Hygiene und Sanitär beschäftigt. Zudem ist er Gründungsmitglied der Association des Jeunes pour la citoyenneté active et la démocratie – kurz: AJCAD [Jugendverband für aktive Bürgerschaft und Demokratie].

**MARÉ MOLLÈ HATO** (Burkina Faso) ist Lehrerin für Gymnasien und Sekundarschulen sowie Beraterin für Konfliktprävention und -management. Als Präsidentin der Association Burkinabè pour la Promotion de la Parenté à Plaisanterie – kurz: AB3P [Burkinischer Verein zur Förderung der Scherzverwandtschaft] ist sie im Bereich des sozialen Zusammenhalts tätig – neben vielfältigen Aktivitäten in der Jugend- und Friedensarbeit.

**AMADOU M'BOW** (Mauretanien) ist studierter Historiker und lebt in Nouakchott. Neben seiner Arbeit im Sozialversicherungswesen ist er seit Jahren zivilgesellschaftlich aktiv, unter anderem als Generalsekretär der Association Mauritanienne des Droits de l'Homme – kurz: AMDH [Mauretanischen Vereinigung für Menschenrechte]. Darüber hinaus ist er Koordinator von Roa Prodmac, einem Netzwerk von Aktivist:innen, die sich in zehn westafrikanischen Staaten für die Rechte von Migrant:innen einsetzen.

**FRANCOIS-PAUL RAMDÉ** (Burkina Faso) ist Leiter der Union Fraternelle des Croyants Dori - kurz: UFC Dori [Geschwisterliche Vereinigung der Gläubigen]. UFC Dori ist eine zivilgesellschaftliche Organisation, die sich mit lokal verankerten Ansätzen für die zivile Konfliktbearbeitung von Pastoralismuskonflikten, Familienkonflikten und interethnischen Auseinandersetzungen einsetzt.

**CHRISTOPH RETZLAFF** (Deutschland) studierte Rechtswissenschaften und Geschichte und ist im Rang eines Botschafters Beauftragter des Auswärtigen Amtes für Subsahara-Afrika und den Sahel. Von 2016 bis 2021 war er Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ghana.

**BALA WENCESLAS SANOU** (Burkina Faso) ist Geograph. Als Mitbegründer des Impact Research Institute – kurz: IRI [Institut für Wirkungsforschung] interessiert er sich für die Begleitung von Gebietskörperschaften und lokalen Dorfgemeinschaften bei der Förderung einer gewissenhaften Verwaltung der Bodenressourcen und anderer natürlicher Ressourcen wie Wasser, Weiden, Schutzgebiete etc.

**OUIRY SANOU** (Burkina Faso) ist Jurist und Mitglied mehrerer Organisationen, unter anderem der Generalunion der Student:innen Burkina Fasos und der Menschenrechtsorganisation Mouvement Burkinabè des Droits de l'Homme et des Peuples – kurz: MBDHP [Bewegung für Menschen- und Völkerrechte]. Darüber hinaus ist er Mitglied der Organisation Démocratique de la Jeunesse du Burkina Faso – kurz: ODJ [Demokratische Jugendorganisation von Burkina Faso], wo er als Generalsekretär arbeitet.

**OUSMANE SY** (Mali) ist Agrarökonom, der im Laufe seines Lebens viele Rollen bekleidet hat – als Wissenschaftler, ländlicher Entwicklungsberater, Politiker und Mitbegründer verschiedener zivilgesellschaftlicher Netzwerke und Thinktanks. In den 1990er Jahren war er zunächst für die Umsetzung der Dezentralisierung in Mali zuständig, anschließend wurde er zum Minister für Territoriale Verwaltung und lokale Gemeinschaften ernannt.

**A.T. MOUSSA TCHANGARI** (Niger) ist Journalist und Generalsekretär des Alternative Espaces Citoyens [Alternative Bürgerrechtsräume], einer der bekanntesten Menschenrechtsorganisationen im Niger. In den 1990er Jahren war er Vorsitzender der Union des Scolaires Nigériens – kurz: USN [Verband der nigrischen Schüler:innen], die zusammen mit den Gewerkschaften eine wichtige Rolle bei der Demokratisierung Nigers gespielt haben.

**HAMANE TOURÉ** (Mali) gehört zum Leitungsteam von Amnesty International Mali, dort ist er unter anderem für Fortbildungsveranstaltungen im Bereich Menschenrechte zuständig.

**MAIKOUL ZODI** ist der nationale Koordinator der Koalition Tournons La Page – kurz: TLP Niger [Eine neue Seite aufschlagen]. TLP ist als soziale Bewegung in zehn afrikanischen Ländern vertreten und setzt sich für gute Regierungsführung und Demokratieförderung ein. Er hat Geografie studiert, zudem ist er als Mitbegründer des Mouvement des Jeunes Républicains - kurz: MJR [Bewegung der jungen Republikaner] zur Sicherheitskrise in der Sahelzone aktiv.





Bäuerliche Versammlungen in den Dörfern  
Tikerre Moussa und Kourouma (beide Mali),  
2015/2016. Fotos: David Brown und Dorette Führer